

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 320 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 3/2022 VOM 23. MÄRZ 2022 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Konstruktiv, schöpferisch und zukunftsweisend**
AG zur Bildung einer AG

7/8 | **Ein fataler Fehler**
Zum Krieg in der Ukraine

14 | **Umweltschutz mit Herta Hübner**
Reparieren statt Neukaufen

Altes Denken

Als im 16. Jahrhundert die kapitalistische Produktionsweise bluttriefend und menschenleiberfressend das Licht der Welt erblickte, gab es in Italien einen Mann namens Niccolò Machiavelli, der die Funktionsweise von Macht unverblümt analysierte und seine Erkenntnisse in seinem Werk »Il Principe« (Der Fürst) der Nachwelt überlieferte. »Alle Macht ist Raub und all ihre Rechtfertigung pure Ideologie«, schrieb er an anderer Stelle. Später faßte Carl von Clausewitz dies in typisch deutscher Manier wissenschaftlich zusammen, indem er schrieb: »Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«.

Die heute in pazifistischen Kreisen verbreitete einfache Clausewitz-Umkehrung, nach der Kriege angefangen werden, wenn die (anderen) Mittel der Politik scheitern, erscheint aus empirischer Sicht richtig, bleibt aber in der alten Denkweise der Machtpolitik verfangen.

Gemäß diesem alten Machtdenken wurde Rußland in den vergangenen 30 Jahren von der NATO eingekreist, in der ganzen Welt wurden »Farbrevolutionen« und völkerrechtswidrige Weltordnungskriege zwecks Regimechange praktiziert und in der Ukraine der Krieg gegen die russischsprachige Minderheit geführt. Gemäß diesem alten Machtdenken wußte nun Putins Rußland keinen anderen Ausweg, als mittels militärischer »Sonderoperation« den Krieg der ukrainischen Zentralmacht gegen ihre autonom sein wollenden Volksrepubliken im Donbass zu beenden und die nicht nur vermeintlichen Bedrohungen durch die NATO- und Atomkraft-Ambitionen des Kiewer Regimes dadurch zu beenden, die Ukraine per Militärmacht in einen neutralen Staat zu verwandeln und damit zugleich den heutigen Einfluß der faschistoiden Nationalisten auf diesen Staat zu beseitigen. »Krieg dem Kriege« – nur pervertiert.

Das Erschrecken in unserem Lande über diese Entwicklung ist groß. Zu Recht. Vom Krieg betroffen sind meist Menschen, die mit der dahinterstehenden Machtpolitik nichts zu tun haben. Sie sind dazu verdammt, ihre Rolle als unschuldige Opfer zu spielen. Doch die berechtigte Empörung gegen den Krieg bleibt im ALTEN DENKEN verfangen. Das Mitgefühl der Menschen wird mißbraucht, um wiederum bloß als Rechtfertigung zu dienen für die Durchsetzung von Macht – also gemäß Machiavelli als »pure Ideologie«.

Es sind wir, die wir versagt haben. In den Jahren 1989 und 1990 hatten es die damals politisch aktiven Menschen in der Hand, nach dem Zusammenbruch des sogenannten »Ostblocks« und dem damit zusammenhängenden Ende des Kalten Kriegs, die Welt nach einem Neuen Denken zu organisieren. Der heutige Krieg in der Ukraine ist eine Folge des Scheiterns der deutschen Vereinigung. Statt dem Kohl und seiner D-Mark hinterherzurrennen, war es damals die historische Aufgabe der Ostdeutschen, für eine gleichberechtigte Vereinigung beider deutscher Staaten zu kämpfen mit einer neuen, vom »deutschen Volke in freier Entscheidung«



Wie wir wissen, verfügt die Bundeswehr nur über Schrott. Im Juli 2000 durfte das Heer seinen Schrott der Eberswalder Bevölkerung vorführen und für Kriege werben. Nun wurden auf die Schnelle 100 Milliarden Euro locker gemacht, während der jährliche Wehrmachtset auf mehr als 70 Milliarden (2021: 46,9 Mrd.) steigen soll. An dieser Stelle darf hervorgehoben werden, daß während der Amtszeit von Bürgermeister Friedhelm Boginski keine Kriegswaffenschauen in Eberswalde stattfanden. Zumindest hier sollte der Amtsnachfolger für Kontinuität sorgen.

beschlossenen Verfassung, mit Demilitarisierung und politischer Neutralität als maßgebliche Grundsätze für das neue Deutschland.

Doch das Neue Denken mußte Illusion bleiben. Nicht nur, weil lediglich Einzelne solche Forderungen überhaupt formulierten. Die Revolution, die Ende 1989 in der DDR durchaus denkbar war, hätte nur gelingen können, wenn sich in der alten BRD eine ähnliche Volksbewegung entwickelt hätte. Dafür jedoch fehlte jede Voraussetzung und die D-Mark und das Alte Denken gewannen sehr schnell die Oberhand. Der Beitritt ersetzte die Vereinigung.

Der Blick in die Vergangenheit macht Sinn, wenn daraus Lehren für die Gegenwart und Zukunft gewonnen werden. Die parlamentarische Linke ist längst Teil des Geschäftsbetriebs. Sie spricht von »unserer Demokratie«, wenn sie die Diktatur des bundesdeutschen Finanzkapitals meint. Gysi ist der neue Ebert. Die Erwartung auf ein Neues Denken von dort wird vergebens sein.

Wer bleibt, wenn wir ein Neues Denken wollen? Nur wir selber.
GERD MARKMANN

»DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND!«

KARL LIEBKNECHT

Bürgermeisterfreie Stadt

Die schöne Waldstadt Eberswalde ist berühmt für ihre Erfindungen. Jeder kennt den Spritzkuchen, die Eberswalder Würstchen, neuerdings den Barni. Klammerheimlich entwickelten die Eberswalder nun eine ganz große Sache: Seit kurzem ist Eberswalde die erste bürgermeisterfreie Stadt Brandenburgs.

Zu Beginn dieser komplizierten Schöpfung verbündeten sich Bürger und Abgeordnete, um die ungeliebte Bauordnung zu unterlaufen. Warum eine Ablöse für nicht gebaute Stellplätze bezahlen? Hier in der Provinz machen wir das anders, sagte man sich, und erließ den großen Investoren diese Zahlungen. Der Bürgermeister konnte gar nicht anders, als den festen Willen seiner Bürger und Abgeordneten mit seiner Unterschrift zu bekräftigen. Dafür hat ihn nun die deutsche Justiz nach langen zähen Verhandlungen zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Wo gibt's denn so was, alle sind vor dem Gesetz gleich und der Staat muß seine Gelder auch eintreiben. Nach seiner Verurteilung darf der Meister nun nicht mehr bürgermeistern, wie der Landrat schrieb.

Hier setzt die Sturheit der Eberswalder ein. Mächte der Bürgermeister doch alles so, wie sie wollten. Warum dann einen neuen wählen? Wie kommen wir denn dazu? Die verbohrten Eberswalder warten lieber, bis die Revision durch oder die Sache im Sande verlaufen ist. Jedenfalls gibt es jetzt und auf absehbare Zeit keinen Bürgermeister. Dadurch ist Eberswalde unbemerkt zur bürgermeisterfreien Stadt geworden. Die bürgermeisterfreie Stadt hat ungeahnte Vorteile und spart auch Kosten. Zumindest die Ausgaben für den Bürgermeister reduzieren sich bis auf weiteres. Disziplinarmassnahmen, Versammlungen, Pressemitteilungen und selbst das Wort zum Sonntag erübrigen sich. Ganz langsam und im Verborgenen verbreitet sich die frohe Kunde. Die Mitarbeiter in der Stadtverwaltung fühlen sich ohne Bürgermeister besonders wohl. Ohne ihren Chef können sie endlich mal machen, was sie wollen. Die Abgeordneten und die Bürger sind auch ganz entspannt, weil sie sich nicht wegen eines neuen Bürgermeisters, der ohnehin nicht viel ändern kann, streiten müssen. Ganz nebenbei hat man auch der großen Obrigkeit ein Schnippchen geschlagen. In Eberswalde gelten eben nicht alle Verordnungen und schon gar nicht unmittelbar. Was das Landesgericht und der Landrat so wollen, machen die Eberswalder schon lange nicht. Ein Hauch von Anarchie liegt in der Luft. Aber Vorsicht!

Nur nicht an die große Glocke hängen, sonst beschäftigen sich die übergeordneten Bürokratien mit dem Fall. Davor steht aber die Wahlordnung. Nur Mut und weiter durchhalten. Mit ein bißchen Renitenz kann die bürgermeisterfreie Stadt durchaus zwei bis drei Jahre bestehen bleiben und sich als Beispiel für andere Städte entwickeln.

RED MARUD
(aus: BBP 2/2006)

Bürgermeisterwahl in Eberswalde

Dank der ungeplanten Verzögerungen bei der Fertigstellung der aktuellen Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« konnten wir uns geschickt daran vorbeimogeln, irgendetwas zum Bürgermeisterwahlkampf beitragen oder gar kommentieren zu müssen. Diese Abstinenz werden wir auch zur Stichwahl am 3. April beibehalten, deren Ergebnis ohnehin leicht vorauszusagen ist. Wir kennen das vom Hornberger Schießen. Irgendwann im April, Mai oder

Juni sind dann die Stadtverordneten gefragt, den Chef im Rathaus zu bestimmen. Falls die Wahl auch dort scheitert, könnte es – wie 2010 beim Landrat – zur Verlosung kommen.

Jeder weitere Kommentar erübrigt sich, zumal sich die Zeiten wiederholen und wir alles schonmal aufgeschrieben haben, wie dies der nebenstehende Beitrag aus dem Jahr 2006 zur »bürgermeisterfreien Stadt« dokumentiert.

BBP-Redaktion

Ein Denkmal für Eberswalder Heldinnen

Erinnerung an die Befreiung vom Faschismus

Eberswalde (bbp). Es war am 7. Mai 2019, dem Vortag des 74. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, als die Linkspartei in Eberswalde mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit ging, anlässlich des 75. Jahrestages den Park am Weidendam zurück in Hans-Ammon-Park umbenennen. Zugleich solle den Eberswalder Heldinnen endlich ein Denkmal gewidmet werden.

Am 21. April 1945 hatten 100 Eberswalder Frauen vor der NSDAP-Parteizentrale für eine friedliche Übergabe der Stadt an die vor den Toren stehende Rote Armee demonstriert. Der NSDAP-Kreisführer, der Maschinengewehre auf die Frauen zielen ließ, war einer der ersten, der sich aus dem Staub machte. Die Stadt wurde verteidigt und mußte von den Soldaten der Roten Armee in blutigen Straßenkämpfen frei-

gekämpft werden. Was dabei nicht zerstört war, fiel dann in der Nacht vom 25. zum 26. April dem deutschen Bombenangriff zum Opfer.

Ihre Idee, im Kommunalwahlkampf 2019 geäußert, griffen die Linken später nicht mehr auf. Es wäre nun es an der Zeit, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Ausweitung des Krieges in der Ukraine und der daraufhin geplanten ausufernden Aufrüstung in der BRD, diese Idee wieder hervorzuholen und »auch viele Jahrzehnte nach der Befreiung der Stadt die Erinnerung wach zu halten«, wie der heutige Fraktionsvorsitzende Sebastian Walter damals im Wahlkampf formulierte. In Zeiten, in denen rechte Tendenzen immer stärker werden und Relativierungen der Geschichte fast an der Tagesordnung sind, brauche es »endlich neue Ansätze in der Erinnerungskultur der Stadt«.



Foto: GERO MEHRMANN

Das OdF-Denkmal im damaligen Hans-Ammon-Park (heute: Park am Weidendam) im Jahr 1995 kurz vor dem Abriß »wegen Bauauffälligkeit«.

Die SPD-geführte Stadtverwaltung hatte es versäumt, das Denkmal instandzuhalten. Im Zuge des Kommunalwahlkampfes 2019 erinnerte sich die Linkspartei an das antifaschistische Erbe und regte die Rückbenennung in Hans-Ammon-Park an. Zudem soll ein Denkmal an den Widerstand mutiger Frauen im April 1945 erinnern.

Fingerabdruckpflicht vor Gericht

Wiesbaden (bbp). Die Initiative »Digitalcourage« hat im Februar mitgeteilt, daß ihre Klage gegen die Fingerabdruckpflicht für Personalausweise vom Verwaltungsgericht Wiesbaden direkt an den europäischen Gerichtshof verwiesen worden ist. Der Beschluß, mit dem die Klage durchgestellt wurde, habe mal so richtig »Wumms«, heißt es in der Mitteilung. »Das Verwaltungsgericht kritisiert nicht nur ein Eigentor des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Das erklärt nämlich auf seiner Website, daß Personalausweise auch ohne Fingerabdruck ausreichend fälschungssicher sind und

deshalb auch bei defektem Chip gültig bleiben. Ganz unsere Meinung, liebes BSI! Auch wir denken, daß die massenhafte Erhebung unserer sensiblen biometrischen Daten nicht nötig ist. Ein Blick auf die niedrigen und sogar sinkenden Zahlen der Fälschungen belegt das. Aber das Gericht hat noch einen Tadel, diesmal in Richtung Gesetzgeber parat: Der hat es versäumt, eine Datenschutz-Folgenabschätzung zu der EU-weit gültigen Speicherpflicht zu machen. Laut Beschluß ist das ein Fehlverhalten, das nicht belohnt werden darf und deshalb zwangsläufig zur Ungültigkeit des Gesetzes führen muß.«

Massenmord in Donezk

Die Videoaufzeichnung einer Geldautomat-Kamera zeigt, wie eine Frau vor dem Geldautomaten steht. Daneben ist eine Eingangstür, wahrscheinlich zur zugehörigen Bank. Dort lungert in der Sonne ein Kind herum. Dann öffnet sich die Tür und das Kind geht zur Tür. Zugleich kommt ein Mann von der Straße heran. Der Mann bricht plötzlich zusammen und die Treppe färbt sich rot vom Blut. Das Video bricht ab.¹

Ein anderes Video zeigt denselben Ort nach der Raketendetonation. Der Mann, man erkennt ihn an der Kleidung, liegt tot vor dem Geldautomaten. Daneben eine weitere bewegungslose Person. Wahrscheinlich ist es die Frau, die vor dem Geldautomaten wartete. Das Kind ist nicht zu sehen. Vielleicht hatte es Glück und blieb unverletzt oder zumindest am Leben, weil es gerade durch die Tür ins Gebäudeinnere ging². Das zweite Video zeigt auch die Umgebung, wo mindestens vier weitere tote Zivilisten liegen und zwei schwer Verletzte, die auf Hilfe warten.³

Es handelte sich um eine ballistische Rakete vom Typ Totschka-U (SS-21 Scarab), die am 14. März, etwa 11.20 Uhr lokaler Zeit, im Stadtzentrum von Donezk einschlug. Die Rakete war von der Luftabwehr abgeschossen worden und konnte so das eigentliche Ziel nicht erreichen, stürzte aber auf dichtbesiedeltes Stadtgebiet. Insgesamt starben nach vorläufigen Angaben mindestens 20 Menschen und es gab mindestens 28 Verletzte.

Die Ukraine verfügte 2020 über 90 Startgeräte dieser noch aus Sowjetzeiten stammenden Raketenwaffe. Neben Nuklearsprengköpfen, darüber verfügt die Ukraine – glücklicherweise – nicht, kann die SS-21 auch Bomblet-Sprengköpfe (Streumunition) verschießen. Rußland hat keine SS-21 mehr im Bestand.⁴

Nationalistische Bildung nicht gefährden!

Lübeck (jg/bbp). Auf einem Treffen der Kultusminister der Länder in Lübeck wurde Anfang März vereinbart, alle Voraussetzungen zu schaffen, damit die in die BRD geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine hier zur Schule gehen können. Insbesondere soll ihnen möglich sein, ihre nationale Sprache, Geschichte und Kultur weiterhin zu erlernen.

Es handelte sich bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine um eine »besondere Situation«, sagte die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Für Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten aus der Ukraine sei es entscheidend, »Anschlüsse an das ukrainische Bildungssystem« zu behalten. Dabei solle auf den ukrainischen Lehrplan, online vorliegendes Lehrmaterial und auf ukrainische Lehrkräfte zurückgegriffen werden.

Darauf hatte zuvor die ukrainische Generalkonsulin Iryna Tybinka, die in der Konferenz eine Rede hielt, hingewiesen. Sie bat darum, daß die Kinder nach ukrainischem System beschult werden – nach ukrainischem Lehrplan und mit ukrainischen Lehrern.

Seitens der Donezker Volksrepublik wurde am Abend des gleichen Tages bekannt gemacht, daß dort von einer gezielten und im Voraus geplanten Provokation ausgegangen wird. Ukrainische Totschka-U-Raketen zielen regelmäßig auf zivile Gebiete unter der Kontrolle der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR & LVR). Die meisten davon werden von der Luftabwehr abgefangen. Bisher waren die Raketen meist mit normalen Splittergefechtssköpfen bestückt, die dazu dienen, Punktziele zu vernichten. Diesmal aber handelte es sich um einen Sprengkopf mit Streumunition. Laut Danijl Bessonow, dem stellvertretenden Informationsminister der DVR, wurde die Rakete in der Nähe der Stadt Krasnoarmejsk (heute Pokrowsk), etwa 55 km nordwestlich von Donezk, abgefeuert. Dort sind derzeit Einheiten der 19. selbständigen Raketenbrigade der ukrainischen Streitkräfte disloziert, die ihren regulären Standort in Chmelnyzkiy in der Westukraine haben. Der verwendete Bomblet-Sprengkopf enthielt 50 Splitterbomblets mit je 316 Fragmenten. Das sind 15.800 Splitter, die bei ungestörter Zündung ihre tödliche Wirkung auf einer Fläche mit einem Durchmesser zwischen 200 und 300 Metern (3,5 bis 7 Hektar) entfalten.

Eine Zerstörung der Regierungsgebäude in Donezk, so Bessonow, hätte einen konventio-

Ansonsten drohe der Ukraine eine verlorene Generation. Verloren gehen könnte vor allem die Erinnerung an die neuen ukrainischen Nationalhelden, wie Stepan Bandera. Letzterer hatte im zweiten Weltkrieg eng mit den faschistischen deutschen Besatzern zusammengearbeitet. Die mit ihm verbundene »Ukrainische Aufständische Armee« (UPA) war in der Westukraine an zahlreichen Massakern an Juden und Polen beteiligt. Allein in Wolhynien ermordete die UPA schätzungsweise 35.000 bis 60.000 ethnische Polen (Wikipedia).

Der Schlachtruf der UPA »Ruhm der Ukraine« ist heute eine gängige Grußformel in der Ukraine. Mit dem Zusatz »Ruhm den Helden« ist die Floskel seit 2018 offizielle Grußformel in der ukrainischen Armee. Kürzlich gab es im Bundestag stehenden Applaus, als der online zugeschaltete ukrainische Präsident seine Rede mit diesem Ruf abschloß.

Für Stepan Bandera wurden nach dem Maidanputsch von 2014 zahlreiche Denkmäler aufgestellt. Diese Tradition, so die BRD-Kultusminister, darf in der BRD nicht abreißen. Eine Integration von ukrainischen Schülern in deutsche Klassen soll es deshalb nicht geben.

»Wir wollten keine neutrale Ukraine«

Es gab 2008 den NATO-Beschluß, daß die Ukraine zum NATO-Mitglied werden soll, dann folgten Waffenlieferungen und ein amerikanisch-ukrainisches Sicherheitsabkommen. Wir haben eine neutrale Ukraine nie in Erwägung gezogen und nach allem, was wir wissen, nie und mit niemandem darüber verhandelt. Dabei verstehen es die Russen erklärmaßen als ihr vitales Interesse, daß die Ukraine nicht einem Militärbündnis angehört, das Rußland gegenübersteht. Das haben wir nicht verstanden oder wollten es nicht verstehen... Wir haben der Ukraine falsche Hoffnungen gemacht. Damit haben wir auch die Bereitschaft des Landes geweckt, für ein aussichtsloses Ziel zu kämpfen.

JOHANNES VARWICK,
ehemaliger Präsident der Gesellschaft für
Sicherheitspolitik, in einem Interview in der
»Märkischen Oderzeitung« vom 11. März 2022

nellen Splittergefechtssköpfen erfordert. Verwendet wurde aber ein Gefechtssköpf mit Streumunition. Das Ziel war also kein Gebäude, sondern Zivilisten, Passanten, die sich um diese Zeit in großer Zahl auf den Straßen befanden. Militärische Ziele gibt es im Zentrum von Donezk nicht.

Einiges deutet darauf hin, daß zuvor in den sozialen Medien gezielt dazu aufgerufen wurde, daß sich möglichst viele Menschen, vor allem Frauen, zum Zeitpunkt des Angriffs im Stadtzentrum versammeln. Zu diesem Zweck seien mit gefälschten Konten spezielle Gruppen, wie beispielsweise die »Union der Mütter im Donbass«, eingerichtet worden. Dort wurden Frauen aufgerufen, am 14. März zum Mittag zum Regierungsgebäude zu kommen, um Informationen über ihre Angehörigen zu erhalten, die zur Miliz mobilisiert wurden.

Selbstverständlich können wir hier nur von angeblich geplanten Massenmorden berichten, denn eine Bestätigung seitens der Kiewer Regierung liegt bislang nicht vor. Die Bilder der Toten von Donezk benutzte inzwischen die italienische Tageszeitung »La Stampa«, um Berichte von Raketenangriffen auf Kiew zu illustrieren. G.M.

1 – https://southfront.org/provocation_in_donetsk/

2 – Tatsächlich hatte das Kind Glück. Wie sich herausstellte, handelt es sich um einen 10jährigen Jungen, der mit seiner Großmutter zum Geldabheben zur Bank gegangen war. Ein Splitter traf ihn am Bein. Der Mann vor ihm hatte sich auf ihn geworfen und die meisten Splitter mit seinem Körper abgefangen, erzählte der Junge im Krankenhaus einem Filmteam. Es gibt keine Informationen, ob der schwerverletzte Mann überlebt hat.

3 – <https://southfront.org/kyivs-forces-launch-ballistic-missile-at-center-of-donetsk-city-dozens-civilians-killed-or-injured/>

4 – https://de.wikipedia.org/wiki/SS-21_Scarab

Kanonen statt Butter

Der seit acht Jahren in der Ukraine wütende Krieg mit mindestens 14.000 Toten bis 2021 erreichte mit dem direkten Eingreifen Rußlands eine neue Dimension, die uns plötzlich bemerken läßt, daß dieser Krieg direkt vor unserer Haustür tobt. All unsere kommunalpolitischen Probleme erscheinen über Nacht als banal und unwichtig.

Die von Bundeskanzler Scholz verkündete »Zeitenwende« bedeutet verkürzt gesagt »Kanonen statt Butter«¹. Die irre² Idee, den Krieg mit Aufrüstung und Krieg bekämpfen zu wollen, wird auch für unsere Stadt Wirkungen zeigen, nicht zuletzt bezüglich der Kommunal Finanzen. Irgendwoher muß das Geld für die neuen Waffen ja herkommen.

Zugleich wird der erhöhte Zuzug durch die aus der Ukraine fliehenden Menschen, die wir glücklicherweise nicht im Niemandsland erfrieren oder im Meer ertrinken lassen, die ohnehin schon stark belastete städtische Infrastruktur weiter in Anspruch nehmen. Das Problem fehlender Kita- und Schulplätze wird sich weiter verstärken.

Auf Initiative unserer Fraktion gelangte das Thema Schulentwicklung und Kitaplanung im Februar auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Alle Fraktionen haben die Dringlichkeit des Themas erkannt. Aktuell hatte die Stadtverwaltung ihre Stellungnahme an den Landkreis ohne Beteiligung der gewählten Bürgervereiner erarbeitet und abgegeben. An die Verwaltung erging das Signal, daß sie künftig die Stadtverordneten rechtzeitig und umfassend in die Erarbeitung von Lösungen einbezieht.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender

1 – Bei dem vorstehenden Text handelt es sich um die ursprüngliche Version des Beitrags der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR für das Amtsblatt der Stadt Eberswalde, Ausgabe März 2022. Nach Auffassung der Stadtverwaltung handelt es sich bei der Formulierung »Kanonen statt Butter« um eine persönliche Meinungsäußerung und die dürfe im Amtsblatt nicht veröffentlicht werden. Die Fraktion teilt diese Auffassung nicht. Hier werde vielmehr mit einer bekannten Metapher der tatsächliche Inhalt der von Bundeskanzler Scholz angekündigten Maßnahmen beschrieben. Die Fraktion ließ sich aber auf eine Neuformulierung ein und formulierte die Aussage wie folgt neu: *Die von Bundeskanzler Scholz verkündete »Zeitenwende« beinhaltet eine bisher nie dagewesene Erhöhung des jährlichen Militäretats sowie die zusätzliche Bereitstellung eines 100-Milliarden-Fonds für den Kauf von Rüstungsgütern in den nächsten zwei Jahren. Das hierfür verwendete Geld steht somit nicht für Investitionen in die soziale Infrastruktur zur Verfügung.*

2 – Auch das Wort »irre« wurde von der Stadtverwaltung als persönliche Meinung beanstandet. Dabei wird hier eine zweifelsfreie Tatsache benannt. Diese ist für jeden denkenden Menschen leicht erkennbar, so daß dieses beschreibende Eigenschaftswort an dieser Stelle auch weglassen werden konnte.

Konstruktiv, schöpferisch und zukunftsweisend:

AG zur Bildung einer AG

Eberswalde (bbp). Seitens verschiedener Fraktionen in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, maßgeblich von der Fraktion SPD|BfE, deren Bürgermeisterkandidat Götz Herrmann damit in den Wahlkampf ging, gibt es seit dem Herbst 2021 das Bemühen, dem immer akuter werdenden Ärztemangel in der Barnimer Kreisstadt etwas entgegenzusetzen. Die geplante interfraktionelle Klausur im Januar wurde mit Verweis auf die Coronapandemie abgesagt. So kam nun, wie es in dem entsprechenden Stadtverordnetenbeschuß vom Dezember vorgesehen war, der Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) zum Zuge.

Im Rahmen des Haushaltsbeschlusses hatten die Stadtverordneten damals einem Änderungsantrag von SPD|BfE zur »Erhöhung des Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpakets – Förderung von Praxisansiedlungen« zugestimmt, nach dem der AKSI zugleich zeitnah prüfen soll, »ob eine Arbeitsgruppe mit Stadtverordneten, sachkundigen Einwohnern und Fachleuten zum Thema einberufen werden sollte, um weitere Lösungsansätze bei der Problematik 'Ärztemangel in Eberswalde' zu erarbeiten«.

Am 9. Februar tagte der Ausschuß nun erstmals im neuen Jahr. Der Ausschußvorsitzende Prof. Dr. JOHANNES CREUTZIGER (Bündnis 90/Die Grünen) hatte zu dem Tagesordnungspunkt »Erörterung zur Bildung, Aufgabe und Arbeit einer Arbeitsgruppe zum Thema 'Ärztemangel'« ein Papier vorgelegt mit »Überlegungen zur Einrichtung der Arbeitsgruppe«. Diese Überlegungen befassen sich mit der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe und deren Vorsitz, den Aufgaben der Arbeitsgruppe, der Arbeitsweise sowie der Organisation, Einladung, Niederschrift, Räume und Server für Online-Sitzungen. Schließlich hatte sich Prof. Creutziger auch über die Möglichkeiten für die Bestellung von Mitgliedern durch die Stadtverordnetenversammlung Gedanken gemacht, wobei er die Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses

gemäß Brandenburger Kommunalverfassung (§ 43, Abs. 1) für »prinzipiell möglich, aber hier eher nicht geeignet« hält.

Von dieser Vielfalt der Überlegungen fühlte sich der AKSI offensichtlich überfordert. Er einigte sich zunächst erst einmal darauf, eine Abstimmungsgruppe zu bilden, deren Aufgabe es nun ist, die Bildung einer »Arbeitsgruppe Ärztemangel« vorzubereiten. MIRKO WOLFGGRAMM, der für die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR im AKSI sitzt, lobte das initiativreiche Vorgehen: »Bessere Ideen hätte hier die Partei DIE PARTEI auch nicht einbringen können. Hier wurde das bewährte Prinzip 'Und wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann bilde ich einen Arbeitskreis' konstruktiv angewandt. Durch die Bildung eines Arbeitskreises zur Vorbereitung der Bildung eines Arbeitskreises ist das kommunalpolitische Instrumentarium mit einer schöpferischen und zukunftsweisenden Innovation bereichert worden. Weiter so!«

Kürzlich tagte die AG zur Vorbereitung der Bildung einer AG erstmals. Man sprach miteinander. Ein Ergebnis kam nicht zustande. Womöglich muß es künftig darum gehen, einen Arbeitskreis zu bilden, der darüber berät, wie der Arbeitskreis zur Vorbereitung der Bildung eines Arbeitskreises seine Arbeit besser organisieren kann.

Gegen Einschüchterung und Gewalt

Zerstochene Reifen am Auto des Bürgermeisterkandidaten Götz Herrmann

In der BRD verzeichnen wir gerade eine sehr deutliche Zunahme an Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker. Allein in Brandenburg haben sich solche Angriffe im vergangenen Jahr verdoppelt. Leider macht diese besorgniserregende Entwicklung auch vor unserer Stadt keinen Halt. Nachdem bereits die Geschäftsstellen von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP beschädigt wurden, traf es nun das Auto des Bürgermeisterkandidaten von BfE/SPD Götz Herrmann. Da es mit Wahlwerbung beklebt war und keine weiteren Autos beschädigt wurden, handelt es sich höchstwahrscheinlich um eine politisch motivierte Tat. Sie hinterläßt ein sehr ungutes Gefühl, denn wir sollten dies als eine weitere Eskalationsstufe betrachten. Unsere Gedanken sind daher bei Herrn Herrmann und seiner Familie.

Diese Verrohung, die immer auch ein Ausdruck von mangelndem Respekt vor unserer

Demokratie ist, macht uns große Sorgen. Wir Demokratinnen und Demokraten sind gefordert, uns ihr entgegen zu stellen. Wir dürfen nicht zulassen, daß Menschen, die sich für unsere Demokratie engagieren, die Verantwortung in der Gemeinschaft übernehmen, um die Sicherheit ihrer Liebsten, aber auch die eigene fürchten müssen.

Unsere Demokratie braucht die freie Meinungsäußerung, sie braucht den Diskurs, aber immer mit Respekt vor dem Andersdenken. Sie ist in Gefahr, wenn sich Menschen nicht mehr trauen, ihre Meinung frei zu äußern oder ein Amt zu übernehmen. Denn darauf zielen diese Angriffe letztendlich. Sie sollen Menschen einschüchtern und zum Schweigen bringen. Dem stellen wir uns entschieden und geschlossen entgegen.

SARAH POLZER-STOREK,
Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Sport- und Bolzplätze ertüchtigen

Bürgermeisterkandidatin wird Fraktionsvorsitzende

Bernau (bbp). ANETTE KLUTH ist neue Fraktionsvorsitzende von BVB/Freie Wähler Bernau. Die Wahl fiel einstimmig aus. Der bisherige Fraktionsvorsitzende THOMAS STRESE hatte bei der turnusgemäßen Neuwahl anlässlich der Halbzeit der Wahlperiode erklärt, nicht noch einmal anzutreten und Anette Kluth für die Funktion vorgeschlagen. Anette Kluth kandidiert zugleich für die Bernauer Bürgermeisterwahl 2022.

Als Schwerpunkte der Arbeit nennt die 41-jährige den Ausbau der sozialen Infrastruktur, die Ermöglichung sicherer und wohnortnaher Schul- und Kitawege sowie entsprechender Plätze sein. Zudem soll durch eine Stärkung der Sport- und Freizeitmöglichkeiten die Stadt insgesamt lebenswerter gestaltet werden.

Einen entsprechenden Vorschlag brachte die Fraktion sogleich in die Stadtverordnetenversammlung ein. Dabei ging es um die Verbesserung und Öffnung der Bernauer Sport- und Bolzplätze, die sich zum Teil in schlechtem Zustand befinden. Hier solle bis zum Beginn der Sommerferien 2022 Abhilfe geschaffen und für die Ertüchtigung und werden. Nicht zuletzt die anhaltende Pandemie und die damit verbundene Schließung von Turn- und Schwimmhallen habe vor Augen geführt, wie wichtig eine gute Freizeit-Infrastruktur zum Treiben sportlicher Aktivitäten im öffentlichen Raum und unter freiem Himmel ist. Außerdem wird eine zeitlich umfassende Öffnung aller Anlagen angestrebt. Die Fraktion befürwortete hierbei ausdrücklich die sachkundige Mitwirkung des jüngst bestellten Sportbeauftragten und die Einbeziehung der ansässigen Sportvereine.

Im Hinblick auf die Entlastung von ansässigen Unternehmen will sich die neue Fraktionsvorsitzende weiterhin für eine Senkung der Gewerbesteuer einsetzen. In Zusammenarbeit mit



Die Stadtverordneten von BVB/Freie Wähler Bernau Annette Kluth und Jan Heide.

der Landesebene will Kluth zudem die Realisierung einer Umgehungsstraße für Bernau vortreiben.

»Mir ist ein Miteinander der Generationen wichtig«, so Kluth. »Dabei möchte ich insbesondere Familien eine stärkere Mitsprache in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen ermöglichen.« Hierzu soll planmäßiger als bisher das Meinungsbild der Bürger bei wichtigen Entscheidungen eingeholt werden.

Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurden Dr. Dirk Weßlau und Janek Laddey gewählt. Die Bernauer BVB/Freie Wähler wollen in der neuen Konstellation weiter der Ansprechpartner der Bürger samt »kleiner« und großer Probleme sein und die Bürgerbelange konsequent in den Gremien vertreten.

Wohnraumgewinnung für Flüchtlinge

Neues Geschäftsfeld für kreative Unternehmer

Am 8. März gab es in Bernau nicht nur zum Frauentag vor dem Rathaus Blümchen vom Bürgermeister, sondern auch die Meldung »Erste Flüchtlinge aus der Ukraine in Bernau-Ladeburg angekommen«. Bernau-live berichtete: »Bereits seit Tagen wird auf dem ehemaligen Kasernen-Gelände im Bernauer Ortsteil Ladeburg kräftig und vor allem mit viel Herzblut angepackt.« In Ladeburg wurden zwecks Wohnraumgewinnung sogar Häuser der alten Flak-Raketen-Kaserne flottgemacht. So konnte gezeigt werden, daß zum ersten Zustrom-Wochenende vor allem flüchtende Frauen und Kinder via Polen untergebracht wurden. Sascha Kampf als Privateigentümer hatte kurzfristig den Ladeburger Bürgermeister Jens Thaute und die Bernauer Verwaltung kontaktiert, und bot kurzerhand seine Flure an, noch bevor der Landkreis überhaupt danach gerufen hätte. Auch Handwerker und Servicekräfte orderte er eigenständig im Vorfeld, sodaß die Bereitstellung der Räume erfolgte, bevor der Landkreis seine Zustimmung gab, berichtet



Alte Kasernen werden zur Unterbringung von Ukraine-Flüchtlinge vorbereitet.

Bernau-live. Damit ist hoffentlich auch eine angemessene Vergütung sichergestellt. Auf solchen Wegen werden Wohnraumkapazitäten reaktiviert, ohne daß zuvor irgend einer davon etwas wußte. Das Kasernengelände wurde in der Vergangenheit in Teilen an verschiedene Gruppen oder Firmen vermietet und verpachtet. In den 90er Jahren war die Kaserne eine beliebte Location für Farbbeutel-Baller-Spiele. Heute produziert dort unter Anderem in einer

Internationaler Tag gegen Rassismus: Gemeinsame Aktion

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am 21. März setzten die Stadt Eberswalde und die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde zum Internationalen Tag gegen Rassismus gemeinsam ein Zeichen. Sie nutzten den Tag als offiziellen Start für die Aktion »Schirme zeigen – für Vielfalt und Toleranz«.

»Die Aktion soll den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt und darüber hinaus zeigen, daß wir uns als loses Netzwerk für eine Stadt engagieren, die für Solidarität und Weltoffenheit sowie Chancengleichheit und Toleranz eintritt. Wir wollen an diesem Tag ein Zeichen zu setzen und gemeinsam positiv für diese Werte einzutreten. Dabei kann man gemeinsam kreativ werden, nicht nur Schirme – auch zum Beispiel Fahnen, Bänder oder Bilder in Regenbogenfarben können gerne in den Fenstern zu sehen sein«, so Sarah Schmidt, Referentin für soziale Teilhabe und Integration.

Zudem waren alle Eltern gemeinsam mit ihren Kindern herzlich zu einer Veranstaltung am Nachmittag im Stadtcampus HNEE eingeladen. Zum Thema »Vielfalt und Diversität im Kinderzimmer« konnte Katja Schluzy-Neumann, Referentin der Fachstelle Kinderwelten sowie Multiplikatorin für vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung, an der HNEE begrüßt werden. Sie ist tätig in Kitas und Grundschulen und bietet Fortbildungen zum Thema Lese- und Sprachförderung, Vorlese-dialoge sowie vielfältige Kinderliteratur an. Gemeinsam werden verschiedene Kinderbücher für Kinder zwischen 4 und 8 Jahren angesehen um darüber mit den Kindern und Erwachsenen ins Gespräch zu kommen.

Halle ohne Fenster eine Biofirma Beutelware.

Dazu kommt, die Stadt Bernau sucht Sprachkurslehrer für ukrainische Flüchtlinge:

»Die Integrationsstelle der Stadt Bernau sucht (pensionierte) Lehrerinnen und Lehrer, DaF-/DaZ-Lehrkräfte (Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache) sowie Bürgerinnen und Bürger mit Unterrichtserfahrung und Sprachkenntnissen in Russisch, Ukrainisch und Englisch. Auf niedrigschwelliger Basis vermitteln Sie den ukrainischen Flüchtlingen das Vokabular und die Grammatik der deutschen Sprache und geben Einblicke in die deutsche Kultur und Lebensweise.« Niedrigschwellig heißt: Das Notwendigste soll übersetzt werden, und das soll sowohl Kindern als auch Erwachsenen zugute kommen.

Selbst die Unterrichtszeiten sind flexibel: Die Kurse sollen montags bis freitags sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag angeboten werden. Man nimmt halt, wen man greifen kann. Mail integration@bernaubei-berlin.de bei der Integrationsstelle der Stadt Bernau.

Macht ne Pause

Es frühlingt sehr, ich sitz zu Hause,
Wir hocken drin, doch wärn gern drause.
Noch Serien auf Netflix? Schau se!
Kauf Nudeln ein, wenn nicht, dann klau se!

Der Kapitalismus macht ne Pause.
Bin nicht mehr drin, sehs jetzt von ause.
Wer den noch mag, ist ein Banause!
Ein ‚back to normal‘ lässt mich grause.

Ich hoff, Ihr seht das ganz genause.
Wir könn nicht endlos Schnitzel schmause.
Wir hams verdient, dass wir mit Lause
Wie unsre Schweine drinne hause.

Doch langsam wollen wir wieder rausse.
Genug gelesen Goethes Fause.
Macht Schluss jetzt mit der Wachstumsfause,
Gebt Menschen Lohn und nicht Applause!

@arminhertel

Tag des Baumes 2022

Der Tag des Baumes 2022 ist am 25. April. Er wird jedes Jahr im April mit Feierstunden begangen und soll die Bedeutung des Waldes für den Menschen und die Wirtschaft im Bewusstsein halten. An diesem Tag, ursprünglich der 10. April, werden traditionell Baumpflanzungen durchgeführt. Der Tag des Baumes wird regional völlig unterschiedlich begangen.

Zum Beispiel waren 2021 alle Bernauer eingeladen, Baumpatenschaften zu übernehmen. Damit können sie sich aktiv für den Umweltschutz in ihrer Umgebung einsetzen und erhalten das Stadtgrün. Der Tag wurde als Auftakt genutzt, sowohl um eine Ilex, auch Stechpalme genannt, vor das Stadtgärtnerhaus im Bernauer Stadtpark zu pflanzen (BBP 5/2021), als auch die ersten Baumpatinnen und -paten vorzustellen. Auch in diesem Jahr kann man sich bei der Agentur Ehrenamt in Bernau bewer-



Foto: PETER AUSTIN (LIZENZ: ISTOCKPHOTO)

ben, eine Patenschaft zu übernehmen. Interessierte können sich direkt an die Agentur Ehrenamt, Herrn Reimann, Tel. 03338 3603137 oder info@ehrenamt-bernau.de wenden.

THOMAS TOBLER

Kindergesundheit

Kinderärzte sind knapp im Eberswalder Umkreis. In der MOZ wird mit hohen finanziellen Mitteln für die Ansiedlung von Kinderärzten geworben. Im Gegensatz dazu las ich in der Barnimer Bürgerpost am 9. Februar 2022, daß es Pläne der Landesregierung gibt, das Projekt zum Erhalt der Schulgesundheitsfachkräfte zu beenden, durch Kürzungen im Landeshaushalt. UNBEGREIFLICH!

Diese Fachkräfte sind ein Bindeglied zu den Kindern und Jugendlichen. Sie spielen eine wichtige Rolle zu ihrem Wohlbefinden. In dieser schnellebigen Zeit sind die Eltern nicht immer die Ansprechpartner zu Problemen. Durch diese Schulgesundheitsfachkräfte können sogar schwerwiegende Folgen verhindert werden. Sie sind ein Teil des Netzwerkes zwischen Kind, Arzt oder Psychologen (die schwer oder gar nicht) erreichbar sind.

Der Artikel der Barnimer Bürgerpost endete sinngemäß, daß die BVB/Freie Wähler sich für die Berücksichtigung des Projektes für den Erhalt der Schulgesundheitsfachkräfte im Landeshaushaltsplan einsetzt. Einen herzlichen Dank an Herrn Sven Weller.

Die Grundbausteine für die Zukunft unserer Kinder werden im Elternhaus, Kindergarten und Schulen gelegt. Bitte spart nicht an unseren Kindern. In renovierten Schulen, digitalen, modernisierten Einrichtungen, betreuenden Fachkräften lebt und lernt es sich leichter. Gesundes Umfeld, verständnisvolle gesunde Jugend. Vernünftige Investitionen zahlen sich aus. Nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch bei unserer Jugend und die ist unsere Zukunft.

KARLA ROWOLD

Kita-Anmeldungen werden koordiniert

Bernau (prest-ber). Die Stadt Bernau holt sich ein kleines Stückchen Sozialismus zurück. Ab Mai übernimmt die Stadtverwaltung zentral die Vergabe für Kitaplätze in städtischer Trägerschaft. Bisher melden Eltern ihre Kinder in freier Wildbahn bei jeder Kindertagesstätte direkt an, zum Teil auch in mehreren Einrichtungen mehrfach. Die Zahl der Kitas ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Aktuell betreibt Bernau »Die kleinen Strolche«, die »Friedenstaler Spatzen«, die »Kindergärtnerei« An der

Viehtrift, die Kita am Angergang, die Kita »Kleiner Bär«, die »Pankewichtel« sowie die »Schönower Heideknirpse«.

Bürgermeister Andre Stahl führt dazu aus: »Eltern, gerade von kleinen Kindern, sollen ab Mai eine Vereinfachung erleben. Familienfreundlich wird die Vergabe der Kitaplätze dann durch das Amt für Kindertagesbetreuung erfolgen.« Dort hilft Thomas Schmidt auch per Telefon über (03338) 365-319. Das Anmeldeformular gibt es auf www.bernau.de.

Druck erzeugt Bewegung

Ein weiterer Schritt zum 10-Minuten-Takt

Die langjährigen Bemühungen von BVB/Freie Wähler zur Realisierung des 10-Minuten-Taktes für die S-Bahn nach Bernau tragen Früchte. Nun verkündete der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, daß 35 Millionen Euro für Verbesserungen im S-Bahn-Netz bereitgestellt werden. Hierzu soll auch ein zweigleisiger Ausbau nach Bernau in Angriff genommen werden.

Durch unzählige Anfragen und zuletzt einen entsprechenden Antrag im Landtag fordern wir eine zügige Umsetzung des 10-Minuten-Taktes. Denn es ist bekannt: Hierfür braucht es

gar nicht zwingend ein zweites Gleis. Da sind sich DB und Landesregierung einig. Schon heute wäre bei einer Zusatzbestellung von Waggons die Taktverdichtung möglich.

Das Wachstum in Bernau erfordert eine Realisierung nicht irgendwann, sondern innerhalb der nächsten zwei Jahre. Zumindest in den Stoßzeiten sollte der 10-Minuten-Takt aufgenommen werden. Daher betonen wir auch: Der zweigleisige Ausbau darf nicht dazu führen, daß die Umsetzung des jetzt schon möglichen 10-Minuten-Taktes weiter verzögert wird.

ANETTE KLUTH und PÉTER VIDA

Bernauer Stadtmauerweg verschönern

Bernau (bbp). Die Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler hat eine Verbesserung des Bernauer Stadtmauerwegs vorgeschlagen. Es sollen ortshistorische Tafeln angebracht und zusätzliche Bänke aufgestellt werden. Für die Gestaltung der Tafeln sollen neben den verschiedenen Akteuren der kulturellen Landschaft auch Schüler einbezogen werden. Die Fraktion schlägt vor, dafür vorrangig unter den ansässigen

vereinen und Schulen einen Wettbewerb auszuloben.

Die Stadtmauer weist an verschiedenen Stellen Nischen auf, die meist ungenutzt sind. Dort könnten zusätzliche Sitzgelegenheiten installiert werden, auch um das Erlebnis »Stadtmauerweg« abzurunden und Besuchern öfter mal die Möglichkeit zu geben, eine Pause einzulegen.

Bündnis für den Frieden Eberswalde*: **Stellungnahme zur Ukraine-Krise**

Die aktuelle Gefährdung des Weltfriedens im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise macht uns allen große Sorgen. Wir erleben gerade eine Zuspitzung der internationalen Auseinandersetzung. Der Zerfall der Sowjetunion hat zur Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb von Europa geführt. Die NATO und Rußland kommen sich mit ihren unterschiedlichen Interessen immer gefährlicher nahe, so daß der kleinste Konflikt zu einem großen Weltbrand führen kann. Das Normandie-Abkommen und der Minsker Vertrag sollten dem vorbeugen, die abgeschlossenen Vereinbarungen wurden bisher aber nicht eingehalten.

Die mangelhafte Bereitschaft der verschiedenen politischen Seiten zur Kompromißlösung birgt die Gefahr eines neuen Weltkrieges in sich. Das darf nicht sein. Der Frieden ist unser aller höchstes Gut. Den Frieden gilt es zu schützen.

Das Bündnis für den Frieden vertritt die Auffassung bzw. stellt an die widerstreitenden Seiten folgende Forderungen:

Eine Lösung der beiderseitigen Probleme ist nur gemeinsam möglich mit der Bereitschaft, die Interessen der Gegenseite zu berücksichtigen. Sie ist nicht mit Drohungen oder gar mit Waffengewalt zu erreichen. Die Lösung können nur die unmittelbar Betroffenen miteinander vereinbaren.

Einmischungen müssen ausgeschlossen sein. Eine Sicherheitszone zwischen den beiden Seiten ist zur Deeskalation unbedingt notwendig. Waffenlieferungen an die rivalisierenden Seiten müssen unterbleiben, wie Abrüstung insgesamt weltweit angesagt ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland sehen wir die Verpflichtung, zur Friedenssicherung durch eine ganzheitliche Friedenspolitik für eine nachhaltige, gerechtere und friedliche Zukunft für alle Menschen beizutragen, endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten (wie das auch die StVV von Eberswalde am 28. Mai 2020 empfohlen hat), die Rüstungsexporte einzustellen und statt mit Aufrüstung mit der Abrüstung zu beginnen.

*Für das Bündnis für den Frieden unterzeichnen
ALBRECHT TRILLER, HANS-PETER
GIERING, VOLKER PASSOKE*

* Diese Stellungnahme wurde am 20. Februar, also vor Beginn der russischen »Sonderoperation«, verfaßt und der Presse übergeben. Nicht zuletzt aufgrund der sich schnell wandelnden Lage fand die Erklärung in den lokalen Kommerz-Medien keinerlei Erwähnung. Wir wollen diese Erklärung hier dennoch dokumentieren. Nicht zuletzt um zu zeigen, daß es das Bündnis für den Frieden noch gibt – auch wenn es jetzt angesichts der neuen Entwicklungen verstummt ist.

Ein fataler Fehler

Die politische Vereinigung der »Freien Wähler« ist auch im Europa-Parlament vertreten. Anlässlich der Bundestagssitzung am 27. Februar und den dort gefaßten Beschlüssen hatte der Europaabgeordnete der »Freien Wähler« Engin Eroglu eine Pressemitteilung verbreitet (siehe unten). Der Schorfheider Gemeindevertreter von BVB/Freie Wähler Dr. Andreas Steiner reagierte darauf mit einem offenen Brief:

Sehr geehrter Herr Eroglu, ich halte es für ein fatalen Fehler und eine extrem gefährliche Handlung, Waffen in die Ukraine zu liefern!

Und ich finde es schlimm, wenn die Freien Wähler im Europäischen Parlament solch eine Vorgehensweise begrüßen.

Jetzt ist es an der Zeit zu deeskalieren, anstatt weiter Öl ins Feuer zu gießen. Ansonsten werden wir als Mitteleuropäer auf der Verliererseite stehen.

Dr. ANDREAS STEINER

In seiner Pressemitteilung vom 28. Februar bezieht sich der Freie Wähler-Europaabgeordnete ENGIN EROGLU auf die Bundestagssondersitzung vom Vortag »zur Situation in der Ukraine« und schreibt: »Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Maßnahmen, denn dank Putins Krieg gegen die Ukraine steht Europa nun am Scheideweg. Vor diesem Hintergrund war auch die gestrige Bundestagsdebatte zu sehen, die ganz im Lichte einer Neuausrichtung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stand.«

Bundeskanzler Scholz präsentierte »gleich mehrere konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage des Landes und Europas: 100 Milliarden Euro extra für die Bundeswehr, für Rüstungsvorhaben, Investition in mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Deutschlands Verteidigung sowie verstärkte Zusammenarbeit mit Frankreich und anderen europäischen Ländern bei der Beschaffung von Kampfflugzeugen und Panzern.«

Eroglu äußert sich positiv über diese Entwicklung: »Was wir gestern von der Bundesregierung gehört haben, ist eine klare Kehrtwende zur bisherigen Position der Regierung in diesem Bereich. Ich bin froh, daß die Bundesregierung jetzt geschlossen hinter der Internationalen Gemeinschaft steht. Das vorherige Zögern von Kanzler Scholz bezüglich der Entscheidung für Rußlands SWIFT Ausschuß war beschämend. Umso wichtiger ist es jetzt, daß Deutschland klar Stellung bezieht. Vor diesem Hintergrund sind auch die Waffenlieferungen an die Ukraine klar zu begrüßen. Zu lange war Deutschland untätig. Jetzt ist es mehr denn je an der Zeit, für unsere Verteidigung und die Sicherheit unserer Partner einzustehen.« Die Bundeswehr sei »über Jahrzehnte kaputtgespart« worden, meint Eroglu, der sich freut, »daß dieser Mißstand jetzt angegangen wird«.

Eroglu begrüßt die Sanktionen gegen Rußland »auch hinsichtlich anderer Autokraten wie Xi Jinping.«

Nie wieder

*Nie wieder russischen Zupfkuchen
Nie wieder russisches Brot
Schluß jetzt mit Kaviar und Krimsekt
Nie wieder russische Eier*

*So werden wir sicher gut durch
die schweren Zeiten
die uns bevorstehen
kommen*

HARTMUT LINDNER

Ukraine-Hilfe

Lobetal (bbp). Die Ukraine-Hilfe Lobetal gibt es seit den 90er Jahren. Katrin Severin engagiert sich dort und weist angesichts der aktuellen Situation dringend auf folgende Umstände hin: Bitte schaut, wo in Eurem Umfeld seriöse Sammlungen laufen. Es nutzt niemandem wirklich, wenn Spenden quer durch die Republik geschickt werden (außer der Post, Hermes und Co., die freuen sich vielleicht). Dringend gebraucht werden u.a. Matratzen, Isomatten, Schlafsäcke, Bettzeug, Decken, Verbandszeug sowie Notstromaggregate, Powerbanks, Taschenlampen. Gebt bitte nur Dinge ab, in denen Ihr Euch auch noch wohlfühlen würdet.

Lebensmittel in folgender Zusammenstellung. Alles sollte noch mindestens 3 Monate haltbar sein: Haferflocken, Rosinen, Knäckebrötchen, Margarine, Reis, Nudeln, Tee, Gebäck, Schokolade, Energieriegel. Nach Möglichkeit in einen kleinen Karton verpacken. Hygieneartikel: Windeln, Feuchttücher, Creme, Duschbad, Deo, Rasierer, Binden und Tampons, Seife. Bitte keine Spraydosen. Ganz dringend werden auch Geldspenden gebraucht!

Ein Blick von außen:

Scholz' »Zeitenwende«

Yoram Gibson in Haaretz*, 1.3.2022: Der Krieg in der Ukraine veranlaßte Deutschland, seinen Militärhaushalt zu verdoppeln und an europäische Länder, die sich um Waffen reißen, diese zu schicken. Der große Gewinner ist Elbit Systems, dessen Aktien um 18% zunahm.

Als Donald Trump US-Präsident war, attackierte er immer wieder Nato-Partner wegen ihrer geringen Investitionen in die Militärhaushalte. Er behauptete, daß Europa die Lasten seiner Verteidigung den USA aufbürdet und forderte, daß die Nato-Länder ihre Militärhaushalte auf wenigstens 2% ihrer Wirtschaftsleistung erhöhen. Die europäischen Länder hörten sich das höflich an, aber sie hatten es nicht eilig. Was aber Trump nicht gelungen ist, das ist jetzt dem russischen Präsidenten Vladimir Putin gelungen, dem Mann, den Trump als ein Genie bezeichnet hat.

Gefunden von HARTMUT LINDNER

* Haaretz (Israel News) ist die bedeutendste linksliberale Tageszeitung in Israel.

Krieg ist das Schlimmste

Er hat aber auch immer seine Nutznießer

Wer ein wenig über den aktuellen Propagandanebel hinausblickt, wird schnell bemerken, daß es vor allem die USA waren, die alles taten, um Rußland in diesen Krieg zu treiben. Mit dem Schauspieler im ukrainischen Präsidentenpalast stand die passende Marionette zur Verfügung, gewissenlos genug, um das eigene Volk zu opfern. Es zeigt sich schon jetzt, daß die USA der alleinige Gewinner in diesem Krieg sind. Wobei der eigentliche Gegner wahrscheinlich nicht einmal Rußland ist, sondern die EU und somit insbesondere die BRD. Es sind letztlich unsere regierenden Depps, die sich entgegen den eigentlichen westeuropäisch-deutschen nationalen Interessen (auch Kapitalinteressen) in den nun wohl für viele Jahre unauflösbaren Gegensatz zu Rußland haben drängen lassen. Es ist ein strategischer Sieg der USA über die EU/BRD auf Kosten der Völker der Ukraine und Rußlands.

GERD MARKMANN

100 Milliarden

Gebt die »100 Milliarden Sondervermögen« nicht der Bundeswehr, sondern für die Bildung unserer Kinder aus und für unsere Rentner. »Renten statt Raketen«. Das Motto der (grünen) Friedensbewegung hieß vor 40 Jahren: »Frieden schaffen ohne Waffen«. Helmut Kohl machte daraus: »Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.« Und die Kriegsampel Scholz, Baerbock und Lindner macht jetzt daraus: »Frieden schaffen mit immer mehr Waffen«. Gegen unseren Willen, gegen das Grundgesetz. Die größte Gefahr für den Weltfrieden ist nicht ein Mangel an Waffen, sondern der Mangel an weit-sichtigeren Friedenspolitikern.

#teamtodenhöfer in facebook via KARL DIETZ

Falscher Schulter-schluß

Unter Bezugnahme auf eine ARD-Fernsehsendung »Anne Will« im Jahr 2014, in der die nach dem Maidan-Putsch mit an die Macht gelangten ukrainischen Faschisten mit Namen und Adresse benannt wurden, erhielt die BBP-Redaktion folgende Meinungsäußerung von unserem Leser HEIKO HAASE:

Ja, und von allein verschwindet so ein staatlicher Faschismus nicht. Und er wurde seit 2014 von den Westmächten wissentlich mit Milliarden Dollar gefördert und stabilisiert, ohne jemals Kritik zu äußern. Lediglich Polen konnte nie vergessen, welche Rolle Bandera im II. WK gespielt hat, hielt sich zurück, aber auch den Mund ...

Leider wird in den Medien nie von den Gründen für die Militäraktion gesprochen, immer nur vom begonnenen Krieg. Der hatte doch vor acht Jahren schon durch die Ukraine begonnen und soll nun hoffentlich beendet werden.

Aber auch linke Kräfte übernehmen gedankenlos das Vokabular der Massenmedien. Was für ein falscher Schulter-schluß.

Der Wandel des Gregor Gysi

GREGOR GYSI am 13. März 2014 im Deutschen Bundestag: Ukraine – Es gibt nur den Weg der Diplomatie (www.youtube.com/watch?v=ezEjykJjVjK)

Der Westen muß die legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands auf der Krim anerkennen – wie das übrigens auch US-Außenminister Kerry erkannt hat.

Es muß ein Status für die Krim gefunden werden, mit dem die Ukraine, Rußland und wir leben können. Rußland garantiert werden, daß die Ukraine nicht Mitglied der NATO wird. Die Perspektive der Ukraine liegt in einer Brückenfunktion zwischen EU und Rußland.

Es muß in der Ukraine ein Prozeß der Verständigung und Versöhnung zwischen Ost und

West eingeleitet werden – vielleicht über einen föderalen oder konföderalen Status, vielleicht auch über zwei Präsidenten. Was ich der EU und der NATO vorwerfe: Bis heute ist kein Verhältnis zu Rußland gesucht und gefunden worden. das muß sich jetzt gründlich ändern. Sicherheit in Europa gibt es weder ohne noch gegen Rußland, sondern nur mit Rußland.

Und wenn die Krise eines Tages überwunden ist, könnte ein Vorteil darin bestehen, daß das Völkerrecht endlich wieder von allen Seiten respektiert wird.

GREGOR GYSI am 25. Februar 2022 im ZDF-Interview: Wir müssen Rußland und China differenzieren, um sie zu beherrschen (www.youtube.com/watch?v=95OV1DVfUz8)

Was ich nicht möchte ist, daß wir sie (Rußland und China) zu einem Bündnis zwingen.

Stellen Sie sich doch mal vor: China ist ökonomisch viel stärker als Rußland. Rußland ist immer noch militärisch viel stärker als China. Wenn die sich wirklich zusammenschließen,

dann entsteht da ein Machtfaktor, der für die Demokratien, für den Westen, gar nicht beherrschbar ist.

Wir müssen lernen, zwischen beiden Ländern zu differenzieren, um das möglichst zu verhindern.

Müllexport in die Ukraine

Über den Billig-Müllexport in Entwicklungsländer wird immer mal wieder in den Medien berichtet. Die Bundesregierung hat nun die Ausweitung des Kriegs in der Ukraine dazu genutzt, endlich auch einen Teil des alten NVA-Schrotts zu entsorgen. Die meisten NVA-Waffen fanden in der neuen Bundeswehr, die ohnehin umstrukturiert und verkleinert wurde, keine Verwendung. Vieles wurde damals an andere Interessenten abgegeben, wie beispielsweise Schützenpanzerwagen und Sturmgewehre an die Türkei, die diese Waffen im Krieg gegen die kurdische Minderheit in ihrem Land verwendete. (Linker Eberspiegel 4/1992)

Zu den übernommenen Waffen gehörte auch das tragbare Fliegerabwehrsystem STRELA-2, von dem die NVA insgesamt 1.896 Abschußgeräte im Bestand hatte.¹ Entwickelt wurde diese Waffe bereits ab 1960, um dann 1968 in den Dienst der Sowjetarmee und der Armeen des Warschauer Vertrags übernommen zu werden. Nach der Bestandsaufnahme der NVA-Waffen, die 1992 weitgehend abgeschlossen war, wurde die STRELA-2 zur Weiterverwendung in der Bundeswehr eingeordnet. Daher wurden die Waffen samt zugehöriger Munition weiterhin eingelagert. Nun, nach 30 weiteren Jahren, ist das Zeug veraltet, zumal seitens der Bundeswehr keine Weiterentwicklungen, Kampfwertsteigerung oder ähnliches erfolgte. 1992 war das geplante Nutzungsende mit dem Jahr 2000 angegeben. Seitdem steht somit die Entsorgung dieser Waffen auf der Tagesordnung. Insbesondere die Raketen dürften inzwischen ein gewisses Funktionsrisiko haben.

Mit rund 50 Milliarden Euro (vor den aktuellen Erhöhungen) ist die Bundeswehr selbst-

verständlich völlig unterfinanziert, so daß für eine sichere Entsorgung der STRELA-2 bisher keine Möglichkeit bestand. Und nun ergibt sich eine günstige Gelegenheit, das Zeug loszuwerden. Es wird an die Ukraine verschenkt. Da müssen jetzt noch ein paar Euro Transportkosten aufgebracht werden, dafür spart man aber langfristig die Lager- und natürlich die potentiellen Entsorgungskosten ein. In summa ein gutes Geschäft.²

Wenn das alte Zeug nicht mehr richtig funktioniert, was soll's. Der größere Teil dürfte ja ohnehin bereits vor der Auslieferung an die Front infolge russischer Raketen- und Bombenangriffe in den Lagern oder auf dem Transport vernichtet werden. Falls einem der heldenhaften Ukraineverteidiger so eine Rakete wegen Mißfunktion um die Ohren fliegen sollte, werden wir, sofern uns diese Nachricht tatsächlich erreichen sollte, gerne eine Kerze zum Gedenken anzünden. In diesem Kampf um Demokratie und Freiheit, der bis zum letzten Ukrainer auszufechten ist, müssen wir eng beieinander stehen...

GERD MARKMANN

1 – Am 3. März 2022 hat die Bundesregierung bekanntgegeben, daß sie 2.700 Waffen des Typs 9K32 Strela-2m an die Ukraine liefern will. Das sind mehr, als die Bundesregierung 1992 in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag (Drucksache 12/2026) aufgelistet hat.

2 – Inzwischen tauchten auch in der DDR in Lizenz produzierte Panzerabwehrwaffen vom Typ RPG-18 in der Ukraine auf. Bei der gefundenen Waffe soll 1988 als Produktionsjahr angegeben sein. Hier gab es keine offizielle Bestätigung seitens der Bundesregierung, daß auch diese NVA-Waffen in die Ukraine entsorgt werden.

Menschenkette in Bernau


FOTO: THOMAS TOBIER

Am 19. März trafen sich mehrere hundert Bernauer vor dem neuen Rathaus zu einer Menschenkette in Anmahnung gegen Diskriminierung, Haß und Hetze unserer Tage. Das Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit hatte dazu aufgerufen. Bei klarem Sonnenschein lauschten die Teilnehmer, verbunden durch Abstandsbänder, dem 12-Uhr-Geläut der Marienkirche sowie mehreren kurzen vorgetragenen Stücken der Bläserklasse des Paulus-Praetorius-Gymnasiums. (ttobler)

Proteste gegen Abschiebungen

Familie aus Eberswalde mit Kind im Rollstuhl wurde nach Rußland abgeschoben

Am 21. Februar versammelten sich 30 Menschen vor der Eberswalder Ausländerbehörde, um gegen eine gefürchtete Abschiebung einer Eberswalder Familie nach Tschetschenien zu protestieren. Frau Mizaeva, die Mutter von vier Kindern, hatte die »Initiative Barnim für alle« um Hilfe gebeten. Gegen eine mögliche Abschiebung hatten sich auch einige Lehrkräfte aus der Märkischen Schule in Eberswalde gewendet. An dieser Schule lernen zwei autistische Kinder von Frau Mizaeva. Ein Unterstützer durfte sie nicht zu ihrem Termin in die Ausländerbehörde begleiten. Dies wurde von der Polizei mit Verweis auf Corona-Schutzmaßnahmen untersagt. Doch statt einer Abschiebung bekam Frau Mizaeva nun eine Verlängerung ihrer Duldung um 3 Monate. Sie bedankte sich herzlich bei den Menschen vor der Ausländerbehörde. Ihre Anwältin wird nun weiter versuchen, Akteneinsicht zu bekommen.

Wie die »Initiative Barnim für alle« im Nachhinein erfahren hat, wurde bereits am 16. Februar eine Familie mit zwei Kindern aus Eberswalde nach Rußland abgeschoben. Die Tochter der Familie ist auf einen Rollstuhl angewiesen. Die tschetschenische Familie wurde am Abend von 20 Polizisten abgeholt. Sie durften weder ihre Handys mitnehmen, noch wurde ihnen Zeit gegeben, ein paar Sachen einzupacken. In Handschellen wurde die Familie nach Berlin-Schönefeld gebracht, von dort ging es weiterhin in Handschellen zum Flughafen Hannover und dann am Morgen des 17.02. startete das Flugzeug nach Moskau. Trotz einer Vollmacht

verweigert die Eberswalder Wohnungsgesellschaft (WHG) Freunden der Familie das Betreten der Wohnung, so daß die persönlichen Sachen der Familie nicht nach Rußland geschickt werden können.

Demo vor dem Ausländeramt

Am 1. März versammelten sich rund 50 Menschen vor der Barnimer Ausländerbehörde in Eberswalde. Thematisiert wurde auch die Situation der Geflüchteten an der ukrainischen Grenze. Die große und unbürokratische Aufnahmebereitschaft ukrainischer Geflüchteter wurde ausdrücklich begrüßt. Allerdings wurde auch deutlich gefordert, daß alle Menschen das Recht haben, vor dem Krieg zu fliehen, unabhängig von Staatsbürgerschaft, Religion oder Hautfarbe.

Verglichen wurde auch die Politik gegenüber den Geflüchteten aus der Ukraine und den Geflüchteten, die an den anderen Außengrenzen der Europäischen Union der brutalen Abschottungspolitik ausgesetzt sind. So wurde an die Menschen erinnert, die immer noch versuchen, die Grenze zwischen Belorußland und Polen zu überwinden. Die mitten im Winter im Wald ausharren und die brutalen Pushbacks der polnischen Soldaten und Polizisten erleben müssen. Menschen, die schon vor Jahren vor Krieg und Verfolgung in Tschetschenien geflohen waren, zogen Parallelen und erinnerten an die Abschiebungen der letzten Wochen. Die Demonstranten forderten deren Rückholung.

Initiative Barnim für alle

Dank für soziales Handeln

Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis 2022

Die gewählten Stadtverordneten der SPD in Eberswalde zeichnen in diesem Jahr zum zwölften Mal soziales Engagement in der Stadt Eberswalde aus. Mit dem Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis soll beispielhaftes Handeln im sozialen Bereich ausgezeichnet werden, das – oft unmerkelt von der Öffentlichkeit – im Dienste des Menschen und zum Wohle der Gemeinschaft in der Stadt Eberswalde erbracht wird. Die Auszeichnung ist mit 300 Euro dotiert. Als persönliche Anerkennung wird außerdem eine Urkunde verliehen.

Die Namensgeberin

Der Preis soll das Andenken an Dr. Ursula Hoppe in Eberswalde aufrechterhalten. Sie hat sich als Kreisjugendärztin in hohem Maße für die Menschen in unserer Stadt eingesetzt. Ihr persönlicher Einsatz für behinderte und chronisch kranke Kinder und Jugendliche war beispielgebend über die Region hinaus. So war ihr die Schaffung von Kindergartenplätzen mit Fördermöglichkeiten ebenso wichtig, wie die berufliche Eingliederung junger Menschen mit gesundheitlichen Auffälligkeiten und Behinderungen. Sie sah in ihren zielgerichteten Bemühungen um die Gleichstellung und Gleichbehandlung Benachteiligter eine zutiefst humanitäre Aufgabe, für die sie unabhängig von der politischen Ausrichtung der Gesellschaft auch Widerständen entgegentrat.

Der Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis wird jedes Jahr im September – dem Geburtsmonat der Namensgeberin – vergeben. Über die Vergabe entscheiden die gewählten Vertreter der SPD in der StVV Eberswalde.

Die Ausgezeichneten

Für die Auszeichnung kommen ehrenamtlich tätige Personen sowie Vereine, Privatinitiativen und andere Organisationen aus der Stadt Eberswalde mit einem Engagement für die Allgemeinheit in Betracht.

Ihr Vorschlag

Wir bitten alle Eberswalder Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Initiativen und Kirchengemeinden um Vorschläge für diese Auszeichnung. Falls Sie eine ehrenamtlich tätige Person, einen Verein, eine Privatinitiative oder eine andere Organisation aus der Stadt Eberswalde kennen, die durch ihr beispielgebendes Engagement für die Allgemeinheit eine solche Würdigung verdient, schicken Sie bitte einen Vergabevorschlag mit Angaben über eventuelle frühere Auszeichnungen bis zum 31.07.2022 an unsere Fraktion. Neben der Begründung sind bei Personenvorschlägen folgende Angaben wichtig: Vor- und Familienname, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Beruf und Anschrift.

Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge!

Die Eberswalder SPD-Stadtverordneten

Ganzheitliche Ernährung (16)

Ein paar Pfunde mehr an Po und Hüfte schaden der Gesundheit nicht unbedingt. Ganz anders sieht es dagegen beim Thema *Bauchfett* aus. Bauchfett birgt eine große Anzahl an gesundheitlichen Risiken. Das Bauchfett produziert Botenstoffe, die uns krank machen. Der Grund dafür ist, daß das Fettgewebe zwischen unseren inneren Organen das größte Hormonspeicherorgan unseres Körpers ist. Wenn nun die Botenstoffe des Bauchfetts zu Ausschüttungen von falschen Mengen und/oder zum falschen Zeitpunkt erfolgen, so befeuert dies viele sogenannte *Zivilisationskrankheiten*. Das reicht von *Herz-Kreislauf-Erkrankungen* wie der Gefäßverkalkung, Bluthochdruck, ein deutlich höheres Risiko für Herzinfarkt bis hin zum Schlaganfall. Wenn Übergewicht, Bluthochdruck, erhöhte Blutfettwerte und ein erhöhter Blutzuckerwert zusammenkommen, so spricht man vom sogenannten *metabolischen Syndrom*. Das metabolische Syndrom kann die Nieren schädigen und erhöht die Wahrscheinlichkeit für Krebs deutlich.

Das mit dem Bauchfett meist einhergehende *Übergewicht* begünstigt die Entstehung von Diabetes Typ2. Der Grund dafür ist, daß das Hormon Insulin durch die Botenstoffe des Bauchfetts derart geschwächt wird, so daß die Insulinrezeptoren in den Körperzellen unempfindlicher werden und der Blutzucker nicht mehr in die Körperzellen gelangen kann. So entsteht eine sogenannte *Insulinresistenz* bis hin zu einem Diabetes Typ 2.

Übergewicht und Bauchfett zeigen sich auch im *Cholesterinwert*. Cholesterin ist für unseren Körper notwendig, es dient als Bausubstanz für Zellwände und die Nervenfasern. Weiterhin ist es für die Bildung von Hormonen wichtig. Schädlich ist vor allem ein hoher Wert des LDL-Cholesterins. Ist der Cholesterinspiegel zu hoch, dann lagert sich überschüssiges Blutfett an den Gefäßinnenwänden ab. Wenn dies über einen zu langen Zeitraum geschieht, dann wird es gefährlich, denn die Gefäße werden enger und das Blut kann dadurch schlechter durch den Körper fließen.

Auch Erkrankungen der Leber nehmen durch das Bauchfett drastisch zu. Zu nennen ist hier vor allem die *nicht-alkoholische Fettleber*, die vor allem durch zu wenig Bewegung und ungesunde Ernährung entsteht. Der Leber machen vor allem viele ungünstige Kohlenhydrate zu schaffen, also vor allem zu viel Industriezucker.

Durch das Bauchfett kann es auch zu einer *Arthrose* und zu Entzündungen kommen, diese wiederum führen zu einem Knorpelabbau in den Gelenken und dadurch zu Schmerzen.

Auch schlanke Menschen sind gefährdet, wenn sie ein zu hohes Maß an Körperfett haben und zu wenig Muskulatur. Wie Ernährung im Kampf gegen Bauchfett helfen kann, zeige ich im nächsten Teil der Serie.

FALK HINNEBERG
(www.hinneberg.info)

Profitsicherung geht vor

Millionen Impfdosen werden entsorgt, statt sie armen Ländern zu spenden

Impfungen sind der Königsweg zum Schutz vor Corona, wird allorten zelebriert. Natürlich gilt das nur dort, wo auch genügend Kaufkraft vorhanden ist, den Impfstoff zu den geltenden Monopolpreisen zu erwerben. Vor allem viele afrikanische Länder haben hier einen erheblichen Nachteil, weil sie arm sind. In den Industriestaaten, nicht zuletzt in der EU, wurden die Impfdosen hingegen auf Staatskosten in großen Mengen eingekauft. Mehr als gebraucht und verbraucht wurde.

In den Lagern stapeln sich nun Impfdosen, deren Haltbarkeit abläuft. Da gab es dann die schöne Idee, diese Dosen, bevor sie verfallen, den bedürftigen afrikanischen Ländern zu spenden. Und tatsächlich wurden bis Mitte Februar 30 Millionen Impfdosen gespendet. Aber zugleich wurden 55 Millionen Dosen entsorgt. Parallel dazu wurden die Bitten verschiedener Staaten, wie Südafrika und Indien, die Patente für die Impfstoffe zum Teil auszusetzen, nicht zuletzt von der BRD-Regierung blockiert.

Hintergrund ist die Marktmacht der großen Impfstoffhersteller *Pfizer/Biontech*, *Moderna* oder *Johnson & Johnson*. Diese haben den größten Teil ihrer Produkte mittels profitablen Verträgen an wirtschaftlich privilegierte Länder

gegeben. Für eine Impfstoffdosis verlangen sie das bis zu 24-fache des Produktionspreises.

Aber nicht nur das. Zusätzlich ist vertraglich festgeschrieben, daß die Pharmakonzerne Ausgleichszahlungen erhalten, wenn z.B. die Bundesregierung von diesen Herstellern gekaufte Impfdosen an andere Länder spendet – die Regierungen zahlen somit doppelt für diese Impfdosen.

Wie vermeldet wurde, gab es im Vorjahr in der BRD fünf neue Milliarden, darunter die Biontech-Gründer Usur Sahin und Özlem Türeci.

Inzwischen gibt es Hinweise, wonach es nach RNA-Impfungen immer wieder zu ungeklärten Todesfällen gekommen sei. Pathologische Untersuchungen vermuten u.a. Verunreinigungen im Serum. Offizielle Nachforschungen scheitern es hierzu nicht zu geben, zumal solche Veröffentlichungen meist über Kanäle erfolgt, auf denen sich sogenannte Verschwörungstheoretiker zu Wort melden.

G.M.

Quellen: Junge Welt, 17.02.2022;
www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/gewaltige-ungleichheit-fehler-liegt-system;
www.pathologie-konferenz.de

Mädchen- und Jungs-Tag

Altenhof (bbp). Das »Haus am Werbellinsee« in Altenhof bietet anlässlich des 12. bundesweiten »Zukunftstages« am 28. April für Schülerinnen und Schüler ab 16 Jahren einen praxisnahen Einblick in die Berufsfelder der Gesundheitsbranche. Hintergrund ist der Gedanke, eine Berufs- und Studienwahl frei von Rollenklischees zu fördern. Im Alloheim in Altenhof können die Jugendlichen eine Reihe von Berufen kennenlernen, die noch immer vorwiegend von Frauen oder Männern ausgeübt werden, und bietet an diesem Tag einen praxisnahen Einblick in die vielfältigen Berufsbilder und Abteilungen der Pflegebranche.

Während Jugendliche ihre Schulpraktika meist in eher »geschlechtertypischen« Branchen absolvieren, werden im Rahmen des bundesweiten Mädchen- und Jungen-Zukunftstages die Seiten gewechselt: Mädchen können also handwerkliche, technische oder kaufmännische Tätigkeiten ausprobieren, während Jungen im Gegenzug in Pflegeberufe oder soziale Bereiche reinschnuppern können.

»Junge Menschen haben vielfältige Stärken und Interessen, aber trotzdem entscheiden sie sich nach wie vor meistens für einen der zehn beliebtesten ‚Männer- oder Frauenberufe‘«, weiß die Altenhofer Einrichtungsleiterin ANGELA MATTHES, »dabei gibt es so viele andere Berufsfelder, in denen sie ihr volles Potential ausschöpfen könnten und wo unabhängig vom jeweiligen Geschlecht Fachkräfte

dringend gesucht werden.« Um hier Möglichkeiten und Karrierewege aufzuzeigen, engagieren sich auch die Alloheim Senioren-Residenzen als langjähriger Kooperationspartner des Aktionstages.

»Vielen Jugendlichen ist gar nicht bewußt, wie facettenreich die Tätigkeiten in der Pflege- und Gesundheitsbranche sind«, sagt Matthes, »wir bieten die unterschiedlichsten Arbeitsplätze und Ausbildungen an: von der Verwaltung, über die klassische Pflege, bis hin zur Arbeit und Ausbildung als Köche oder Betreuer. Bei uns findet jeder, der Freude am Umgang mit Menschen und Teamarbeit hat, den richtigen und vor allem zukunftssicheren Platz.« Die Branche zähle zu den krisensichersten und wachstumsstärksten Berufsfeldern – mit weitreichenden Karriere- und Fortbildungschancen. »Doch erstaunlicherweise arbeiten bisher hauptsächlich Frauen bei uns«, so Angela Matthes. »Wir wollen deshalb auch jungen Männern die beruflichen Möglichkeiten dieses Berufsfelds näherbringen, ihnen einen praxisnahen Einblick in den Alltag einer Senioren-Residenz geben und jungen Frauen auch technische oder kaufmännische Wege aufzeigen.«

Die Einrichtungsleiterin rät dazu, sich schon jetzt für den Zukunftstag am 28. April anzumelden. Die Plätze für den Zukunftstag seien heiß begehrt und nur begrenzt verfügbar. Anmelden kann man sich per eMail oder Telefon (werbellinsee@alloheim.de, 0333363/5230).

Energiekonzept auf wackligen Füßen

In der völkerrechtlichen Bewertung des verurteilungswürdigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine ist sich die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler mit der Landesregierung einig. Bei den hieraus abzuleitenden energiepolitischen Schlußfolgerungen ist die Landesregierung jedoch in weiten Teilen auf dem Holzweg.

Zunächst zeigt sich, wie richtig die mit einer Vielzahl von Anträgen unterlegte Forderung von BVB/Freie Wähler war, auf einen breit angelegten Energiemix zu setzen. Wenn der aktuell drohende Ausfall einer Energieart aus einem Land (Erdgas aus Rußland) bereits das Energiekonzept der Landesregierung zum Wanken bringt, zeigt sich, auf welch wackeligen Füßen es stand und steht.

Vielmehr braucht es einen Mix: massiver Ausbau der (mittlerweile nicht mehr subventionsbedürftigen) Photovoltaik, Biogasanlagen, Geothermie, Nutzung vorhandener Wasser-

kraftpotentiale, Erdgasimport (der schon jetzt aus anderen Staaten wie z. B. Norwegen, Nigeria oder Mexiko möglich ist). Zudem stehen wir bereit, eine Laufzeitverlängerung der Kohlekraftwerke über 2030 in Betracht zu ziehen und hierbei die Koalition zu unterstützen, falls das die Grünen aus ideologischer Fixiertheit blockieren.

Auf jeden Fall zeigt sich, daß ein weiterer Ausbau der Windkraft gerade nicht hilfreich ist. Ministerpräsident Woidke stellt zutreffend fest, daß »rechnerisch« 95% des Energiebedarfes über Windkraft abgedeckt sind. Doch leider zieht er die falsche Schlußfolgerung hieraus. Denn »rechnerisch« bedeutet tatsächlich, daß die Energie oftmals gerade nicht zur Verfügung steht, wenn sie gebraucht wird bzw. zu anderen Zeiten zu viel zur Verfügung steht. Obwohl es einen massiven Ausbau der Windkraft gegeben hat, kann Brandenburg im Jahresmittel nur

etwa 35% der Zeit seinen Elektroenergiebedarf tatsächlich aus Windstrom decken. Dem ist so, weil Windkraft nun einmal nicht grundlastfähig ist und somit ein weiterer Ausbau einfach nur weitere, von den Stromkunden teuer zu bezahlende Überkapazitäten produzieren würde. Wenn die 95% echte 95% wären, müßte der Ministerpräsident doch nicht über die Verlängerung der Braunkohle nachdenken, was er jedoch tut.

Unsere Fraktion steht weiterhin für eine unideologische, an der Versorgungssicherheit, möglichst günstigen Strompreisen und den Bedürfnissen der Brandenburger Bürger und Wirtschaft orientierte Energiepolitik. Das von uns bereits vor einem halben Jahr vorgelegte Energiekonzept erweist sich nun als deutlich krisenresistenter als das der Landesregierung.

Dr. PHILIP ZESCHMANN und
PÉTER VIDA



Subbotnik in Blumberg

Am 12. Februar trafen sich etwa 30 Menschen am Blumberger Sportplatz, um »Ahrensfelde summt!« zu unterstützen und mittels Totholzhecke ein neues Biotop für Insekten, Nagetiere, Reptilien und Vögel zu schaffen. Der Holzschnitt stammt vom Auslichten eines Weidenbiotops auf dem Gelände. (ds)

Ein Nußwald für die Feldmark

Baumpflanzungen zum Tag des Baumes in Ahrensfelde OT Elisenau geplant

Der GuThiE (Gärtnern und Tiere halten in Elisenau) e. V. und der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. pflanzen zum diesjährigen Tag des Baumes elf Nussbäume in Elisenau. Zur Feier der Pflanzung wird es am 25. April, dem Tag des Baumes, ein Vor-Ort-Treffen der Beteiligten geben. Diverse Mitglieder der kommunalpolitischen und lokalen Prominenz haben ihr Kommen bereits zugesagt.

»Die Fläche, auf der die sieben Wal- und vier Haselnussbäume gepflanzt werden, soll in den kommenden Jahren zu einem öffentlich zugänglichen und essbaren Wildpflanzenpark entwickelt werden. Auf ihr befinden sich schon zahlreiche Obstbäume und viel Platz für künftige Aktivitäten, zum Beispiel der Initiative AHRENSFELDE SUMMT! oder im Bereich der Umweltbildung«, so der GuThiE-Vorsitzende THOMAS HAASE zum Hintergrund der Pflanzungen. Zur Entwicklung der Fläche solle in den kommenden Monaten und Jahren unter anderem die Kooperation mit dem Regionalparkverein und den Gemeinden verstärkt werden.

TORSTEN JERAN vom Regionalpark Barnimer Feldmark zeigt sich zuversichtlich, was die Entwicklung der Fläche in Elisenau angeht: »Als

Regionalparkverein arbeiten wir seit jeher daran, den Freiraum in der Barnimer Feldmark aufzuwerten und erlebbarer zu machen. Eine parkähnliche Fläche, die frei zugänglich ist und auf der Nüsse, Obst und andere Naturerzeugnisse in Eigenregie gepflückt werden dürfen, passt sehr gut in unsere Region. Das wir nun mit der Akquise der für die Pflanzung notwendigen Mittel das Vorhaben unterstützen konnten, freut uns sehr.«

Die Pflanzmaßnahme wird von der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim finanziell gefördert. Auch die Gemeinde Ahrensfelde unterstützt das Vorhaben. Der GuThiE e.V. pflanzt die Bäume in Eigenleistung und wird sich auch künftig um deren Pflege und Erhalt kümmern.

DAVID SUMSER

Imkern im Quartier

Eberswalde (bbp). Bereits 2021 hat Bernd Pfeifer im Brandenburgischen Viertel begonnen, ein Imkerprojekt aufzubauen. Infolge Corona blieb das Projekt in den Anfängen stecken. Das soll nun nachgeholt werden. Dem entsprechenden Förderantrag von Bernd Pfeifer in Höhe von 4.500 Euro hat der Sprecherrat »Soziale Stadt« am 17. Februar in einer Online-Beratung zugestimmt.

»Ziel ist es«, so Pfeifer, »Interessenten und Mitwirkende aus dem Quartier und der Umgebung den Umgang mit Honigbienen theoretisch und praktisch nahezubringen. Dabei steht der Umgang mit Insekten im Allgemeinen und speziell mit der Honigbiene im Vordergrund.« Ganz nebenbei soll mit dem Projekt auch das Interesse für Holzarbeiten geweckt und vorhandenes Wissen im Quartier für Jedermann unter professioneller Anleitung zugänglich gemacht werden. Mittelfristig sei es das Ziel, auch Schulen und Kitas für das Thema zu interessieren.

»Als Unterstützer habe ich das Quartiersmanagement, die Wohngenossenschaft 1893 e.G. und den Hebewerk e.V. gefunden, die uns den schon vorhandenen Unterstand für die zwei Bienenvölker und einen Raum für Imkerutensilien in der Havellandstr. 15 ermöglichen. Der dort ansässige Verein Hebewerk e.V. gestattet uns die Benutzung der vereinseigenen Holzwerkstatt.«

Die Projektmitglieder haben bereits begonnen, die vorhandenen Trogbauten vorzubereiten und die notwendigen Waben bauen. Um weiterzumachen, werden nun die beantragten Fördergelder für die weiteren Material- und Personalkosten benötigt, sagt Bernd Pfeifer. »Für die Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation möchten wir die Internetpräsenz des Quartiersmanagements nutzen. Der Start der Bienenhaltung beginnt mit der Beutenbelegung und wird voraussichtlich Anfang April erfolgen.«

Das erklärte Ziel des Westens war die Loslösung der Ukraine von Rußland, und zwar die Auflösung der wirtschaftlichen sowie bündnisähnlichen Beziehungen zum großen Nachbarn. Dabei wurden bewußt oder auch nur fahrlässig militante Kräfte unterstützt, die seit 2014 immer mehr an Einfluß gewannen und gerne in voller Bewaffnung und Hakenkreuzfahnen vor der Kamera posieren. Neonazis aus aller Herren Länder strömten in diese Kampfseinheiten, um ihren Gewaltphantasien vollen Lauf zu lassen. Das traurige Ergebnis dieser Militanz, von der Kiewer neuen Regierung geduldet oder gefördert, waren bis zu 14.000 Opfer im Donbass, dessen Menschen lieber zu Rußland gehören wollten und die in den letzten Jahren unter dem andauernden Beschuß von schweren Waffen der ukrainischen Nationalisten leben mußten. Der Krim, dessen Bevölkerung sich ebenfalls für Rußland ausgesprochen hatte, wurde die Wasserversorgung gekappt.

Hier setzen nun strategische Überlegungen ein. Die Krim und besonders der Hafen Sewastopol war und ist für Rußlands Schwarzmeerflotte von entscheidender Bedeutung. Durch den Putsch in Kiew hätte Rußland eine entscheidende Bastion in diesem Bereich verloren, also gab es nicht nur ein Referendum, das Kiew für illegal erklärte, sondern auch noch »viele grüne Männlein«, die plötzlich überall auftauchten, wie die westlichen Medien fassungslos berichteten. Der Donbass ist für Rußland aus strategischer und auch ökonomischer Sicht weniger wichtig. Allerdings leben dort

Zwölf Nullen

*Zwölf Nullen sind zunächst mal nix.
Doch das ändert sich ganz fix.
Schreib schnell eine Zwei davor
Und dann lies die Zahl mal vor!*

2.000.000.000.000 \$ – Zwei Billionen Dollar.

*Das muß man erst mal wirken lassen.
Dieses Summe – kaum zu fassen.
Investiert in Tötungsmaschinerie.
Im letzten Jahr – so viel wie nie!*

2.000.000.000.000 \$ – Zwei Billionen Dollar.

*Ausgegeben für den Tod.
Das im Angesicht weltweiter Not.
Das bei all den Weltproblemen,
Ihr Bosse solltet euch was schämen!*

*Zum Schluß sind die hier aufgeschrieben,
Die am meisten Waffen lieben:
Die USA und der brave Chinamann,
Führen die Schreckenliste an.*

*Nach Indien kommt der Russenbengel.
Auf Platz 7: AKK als Friedensengel.
53 Milliarden Dollar = 43 Milliarden Eurotaler
Mobste sie dem deutschen Steuerzahler.**

RAINER KROBOTH

* Alle Zahlen sind Etwa-Zahlen aus dem Jahr 2020. Trotzdem ungeheuerlich und nach der »Zeitenwende« inzwischen längst überholt.

Leiden und Hoffnung in der Ukraine

von Jürgen Gramzow

Mit dem Kiewer Euromaidan im Jahr 2014, in dessen Verlauf oppositionelle Kräfte die eigenen Leute auf offener Straße erschossen, um es dem regierenden Präsidenten anlasten zu können, setzte eine Entwicklung ein, die nun in einen großen militärischen Konflikt mündete.

mehrheitlich russischsprachige Menschen, die nach ihrem Aufstand gegen den Maidanputsch von der neuen Regierung mittels »Antiterroroperation« massiv militärisch unterdrückt wurden, wobei sich insbesondere die nationalistischen »Freiwilligenbataillone«, wie »Asow«, »Aidar« und andere, beim Hinmeucheln der dort lebenden Menschen hervortaten. Da konnte die russische Führung schon aus innenpolitischen Gründen nicht einfach wegschauen.

Der Westen behauptet seit 2014, Rußland hätte den Donbass wie die Krim annektiert und Schein-Volksrepubliken installiert. Das verkennt die Eigendynamik, die sich aus den lokalen Aufständen gegen den Maidanputsch entwickelte. Wegen der dortigen Gefechte zwischen Nationalisten und Separatisten kamen die europäischen Großmächte mit den Konfliktparteien an einen Tisch, um den Konflikt zu befrieden und Verhandlungen zu führen für einen Waffenstillstand und die Gewährung einer Autonomie für den Donbass. Doch die Nationalisten in Kiew torpedierten das Minsker Abkommen mit andauerndem Beschuß der abtrünnigen Gebiete. Sie wollten keinen Zentimeter »ihrer Ukraine« verlieren.

In den westlichen Medien hörte man zwar immer wieder vom »Bruch der Waffennuhe«, aber von welcher Seite dies erfolgte, wurde bewußt verschwiegen, auch die Tatsache, daß Kiew ein Naziproblem hatte. Man könnte sagen, dies alles war das eiskalte Kalkül von Putin, um einen Grund zu finden, militärisch eingreifen zu können und die Ukraine wieder enger an Rußland anbinden zu können. Aber mußte sich das alles wirklich so entwickeln? Konnte er damit rechnen, daß die Ukrainer Führung erbarmungslos Menschenleben opfert, um einer imaginären Nation willen? Konnte er damit rechnen, daß Schikanegesetze erlassen werden, die den Gebrauch der russischen Sprache verbieten? Konnte er damit rechnen, daß die NATO vollen Einfluß auf das nahe Nachbarland gewinnt und eine strategische Raketenbedrohung aufbauen würde? Wie dem auch sei. Fakt ist, daß es so gekommen ist und nicht länger durch die Großmacht Rußland toleriert werden konnte, weder durch Präsident Putin, noch für die russische Bevölkerung, die jeden Tag – im Gegensatz zum Westen – die Tragödien im Donbass mit ansehen mußten.

Mußte der Krieg kommen? Putin begründete den Einmarsch unter anderem mit der Erfahrung des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion im Jahr 1941. Solch ein Szenario, ausgelöst durch die Kiewer »Faschisten«, dürfe sich nie wieder wiederholen, das sei man

den heiligen Opfern des Großen Vaterländischen Krieges schuldig. Das mag plausibel erscheinen, aber rechtfertigt das solch ein Leid, wie es sich nun in der zweiten Woche des Konflikts zeigt? Das zweite Argument Putins war die Verhinderung eines atomaren Weltkrieges. Zum einen, weil Kiew durchaus das Potential dazu hatte, eigene Atomwaffen herzustellen, und zum anderen, weil die NATO mit ihren Waffen und Raketen nur auf wenige hundert Kilometer an Moskau herangerückt wäre und sogar Gebiete hinter dem Ural durch Raketen erreicht hätte. »What's the problem?« sagen unisono die NATO-Staaten. »Wir bedrohen Rußland keinesfalls.« Man verteidige nur Demokratie und Freiheit. Dazu muß man wissen, daß die NATO, speziell ihre Führungsmacht USA, die Doktrin des atomaren Erstschlags ihr eigen nennt. Unter diesen Bedingungen bekommen Putins Worte vom Überfall Nazideutschlands ein ganz anderes Gewicht. Aus Rußlands Sicht ist das, was jetzt geschieht, ein Verteidigungskrieg. Im Westen wird Putin dagegen als »Massenmörder« dargestellt, den man möglichst schnell umbringen muß. Wo ist die Wahrheit?

Während die ukrainischen Nationalisten, die im Donbass zehntausende Menschen auf ihrem Gewissen haben, in hiesigen Medien als »Freiheitskämpfer« hochgejubelt werden, die sich dem bösen Russen entgegenstellen, ist der neue Feind Rußland jetzt der Aggressor, der unschuldige Menschen tötet. Hunderttausende Ukrainer, die verständlicherweise vor den Kampfhandlungen fliehen, werden an den Grenzen mit offenen Armen empfangen. Auf einmal gibt es keine Stacheldrahtzäune, Haftanstalten, Lager und Pushbacks für Flüchtlinge mehr, sondern Hilfskonvois, Unterkunftangebote und kostenlose Fahrkarten. Weil: das sind ja Christen! Soviel Christliches zerreißt einem das Herz ...

Damit wir uns nicht falsch verstehen: die Kriegsoffer in der Ukraine haben das Recht auf jede Hilfe unsererseits. Aber militärisch in diesen Konflikt einzugreifen, und sei es »nur« mit der Lieferung von modernen Waffen, damit die »Freiheitskämpfer« für uns Demokratie und Freiheit verteidigen, während wir gemütlich in unserem warmen Wohnzimmer sitzen und so ganz nebenbei einen Dritten Weltkrieg riskieren, ist extrem fahrlässig. Die Sanktionen werden am Ende uns am meisten schaden, sei es durch eine Wirtschaftskrise, durch galoppierende Inflation, durch Währungsverfall oder durch ausbleibende Gaslieferungen. Der nächste Winter kommt bestimmt. Hoffen wir inständig, daß es kein atomarer Winter wird!

(8. März 2022)

Zum Internationalen Frauentag:

Frieden ist das wichtigste!

Der Internationale Frauentag fand 2022 unter besonderen historischen Bedingungen statt. Der Corona-Virus ist in seinen verschiedenen Varianten weiterhin weitverbreitet und fordert Opfer, die Preise für Lebensmittel und Energie steigen wie nie, die Mieten wachsen seit Jahren überdurchschnittlich. Auch die meisten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, mit denen angeblich dem Klimawandel begegnet werden soll, führen im wesentlichen nur zu einem: zur Verteuerung des täglichen Lebens.

Krisen verstärken alle Ungleichheiten, zumal in profitorientierten Gesellschaften, und treffen vor allem ohnehin benachteiligte Gruppen. Dazu gehören Frauen und Mädchen. Es sind vor allem Frauen, die in den sogenannten »systemrelevanten« Berufen arbeiten.

Deutlich über 70 Prozent der Beschäftigten im Lebensmitteleinzelhandel, bei Sozialversicherungen und in Krankenhäusern sind weiblich. In Kitas und Vorschulen sind es über 90 Prozent. Da Frauen sich vermehrt um Kranke kümmern, im Beruf oder unbezahlt in der Familie, tragen sie ein hohes Infektionsrisiko. Die Pflege von Familienmitgliedern, Kinderbetreuung, Heimbeschulung und der Haushalt lasten überwiegend auf den Schultern von Frauen. Die Pandemie hat die klassische Rollenverteilung weiter zementiert. Männer gehen zu rund 80 Prozent einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Beschäftigung nach, Frauen nur zu 43 Prozent. 17,5 Prozent aller Frauen arbeiten in Minijobs und fast jede dritte Frau zu einem Niedriglohn, also unter 11,21 Euro die Stunde. Bei Kurzarbeit sind viele von ihnen auf Zuzahlungen vom Jobcenter angewiesen. Die Entlassung im Zuge der Pandemie betrafen vor allem Sektoren, in denen Frauen überrepräsentiert sind. So wurden etwa 29 Prozent mehr Frauen als Männer entlassen. Die Sorgen um die Existenz, Quarantänemaßnahmen sowie die Einschränkung der Bewegungsfreiheit führten zu einem deutlichen Anstieg von häuslicher Gewalt, die sich meist gegen Frauen richtet.

Kirchen: Kein Sonderweg beim Arbeitsrecht!

Zur Sonderstellung im Arbeitsrecht, die nicht mehr zeitgemäß ist, gab es zur Dritten Synodalversammlung am 5. Februar einen Beschluss, die Verbindlichkeit der Regeln des Zölibats im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse aufzuheben. Ein konkretes Zeitfenster wurde allerdings nicht benannt.

Die noch geltende kirchliche Dienstordnung sei mit Blick auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die entgegen der tradierten kirchlichen Sexualmoral leben, diskriminierend. Faktisch kann sie als ein Instrument benutzt werden, um Mitarbeitende unter Druck zu setzen. »Viele mitunter hoch identifizierte und qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erleben und erleben die Kirche als unbarmherzig und lieblos ihnen gegenüber.« Daher fordert die Synodalversammlung »die Bischofskonferenz auf, die Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse zu ändern«. Künftig sollen »Entscheidungen für eine gesetzlich ge-

Und nun gibt es auch noch einen großen Krieg in Europa. Nach acht Jahren Dauerkrieg im Donbass mit 14.000 Toten, der nur ab und zu den Weg in die hiesigen Qualitätsmedien fand, ist nun mit der als »Sonderoperation« bezeichneten Offensive der russischen Armee die gesamte Ukraine betroffen. Der Krieg ist fast so nahe an den deutschen Grenzen wie damals die Bürger- und NATO-Kriege in Jugoslawien.

Und es droht die Gefahr, daß Nachbarstaaten sich einmischen und sich der Krieg zu einem Weltbrand ausweitet. Der seit langem gegen Rußland geführte Propaganda und Wirtschaftskrieg läuft auf Hochtouren. In der BRD ist Aufrüstung angesagt: 100 Milliarden sollen einfach mal so zwischendurch zur Verfügung stehen, die jährlichen Rüstungsausgaben dauerhaft auf mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Da braucht man nicht lange raten, um zu wissen, an welcher Stelle das Geld dafür gespart werden wird.

Frauen gehören bei allem zu den Hauptleidtragenden, nicht nur als direkte Opfer des Kriegs, als Flüchtlinge oder als Mütter, die um das Leben ihrer Kinder und Männer bangen.

Aber Frauen sind nicht nur Opfer, sondern auch aktive Kämpferinnen für einen Wandel und Trägerinnen gesellschaftlicher Visionen.

Widerstand ist angesagt: Gegen das Patriarchat, gegen den Kapitalismus, gegen die Aufrüstung und den Krieg!

Frieden ist und bleibt das wichtigste!

GERDA HENKEL

regelte oder nicht verbotene Partnerschaftsform« nicht mehr als Verstöße gegen Loyalitätsobligationen gefaßt werden, die eine Einstellung in den kirchlichen Dienst verhindern bzw. eine Beendigung eines bestehenden Arbeitsverhältnisses herbeiführen. »Der persönliche Familienstand darf keine Relevanz für die Anstellung oder Weiterbeschäftigung im kirchlichen Dienst haben.« Daneben gab es einen Handlungstext zu einer lehramtlichen Neubewertung von Homosexualität auf, der eine noch höhere Brisanz hat.

Zum Thema »Kein Sonderweg beim Arbeitsrecht für Kirchen« gibt es auch eine Onlinepetition von Martin Becker bei Campact. Dort werden die Bundesminister für Justiz sowie für Arbeit und Soziales aufgefordert, die staatlicherseits gewährten Sonderrichtlinien für Glaubensgemeinschaften aufzuheben bzw. hinsichtlich dieser Frage anzupassen. (weact.campact.de/petitions/kein-sonderweg-beim-arbeitsrecht-fur-kirchen)

THOMAS TOBLER

»Wie Gott uns schuf«

Die Doku »Wie Gott uns schuf« lief kürzlich in der ARD. Sie geht nahe, bewegt & erschüttert. Sie zeigt wie Homosexuelle und Trans in der katholischen Kirche bis in die Gegenwart stigmatisiert, sozial ausgegrenzt und verfolgt wurden. Bis zum 01.06.1990 galt Homosexualität bei der WHO als Krankheit! Bis zum 11.06.1994 war Homosexualität in Deutschland nach § 175 strafbar. Bis zum 07.05.2020 war es gesetzlich nicht verboten, Behandlungen anzubieten, die von Homosexualität heilen sollten – Konversionstherapie genannt.

Hinter alledem stecken viele verhinderte Lebensplanungen, seelisches Leid und ungesehene Tränen. Eine eingetragene Partnerschaft wurde für Homosexuelle erst ab 01.08.2001 möglich. Zum Verständnis: Erst ab da war es diesen dann auch erlaubt, ihre Partner im Fallesfall im KH besuchen und Auskunft bekommen zu können. Die komplette Gleichstellung erfolgte gar erst am 01.10.2017. Das ist keine fünf Jahre her.

Rußland ist homophob. In Polen bilden sich LGBT-freie Zonen, wo Homosexuelle unerwünscht sind. Das Nazireich läßt grüßen! Juden durften ja auch bestimmte Areale nicht betreten. Es fehlt nun in Polen nur noch die Kennzeichnungspflicht. Polen aber ist in der EU und bezieht die höchsten finanziellen Zuwendungen.

An vergangenen Montagen liefen die Querdenker zum »Spazieren« direkt bei uns am Haus hier im Barnim entlang – unangekündigt, ungenehmigt – trillerpfeifend und brüllend. Das Blaulicht der Polizei schmerzte in den Augen. Was meinen Sie? Ein, zwei schlechte Wahlen, ein wenig Engpässe in der Grundversorgung, weiterhin gezielte Manipulation durch Haß & Hetze & mediale Rekrutierung via sozialer Medien und dann werden wieder Konzentrationslager eröffnet – werden x-beliebige Minderheiten wieder verhaftet, abgeführt und in Züge gesteckt und zur Vergasung gefahren? Ist es wirklich so, daß ich das zu erdulden habe, weil ich eine schwule Sau bin, wie mir in den Schulpausen beigebracht wurde, als mich die Mitschüler an den Baum stellten und jeder mich ansprechen durfte der Reihe nach? Ist es so?

Ich schließe mit einem Fatalismus zum einst geliebten großen Bruder meiner Kindheit: Würde man in Rußland besser über die zahlreichen Alkoholabhängigen so denken wie es derzeit über Homosexuelle getan wird, dann könnte das Bruttosozialprodukt dort massiv ansteigen und die durchschnittliche Lebenserwartung um 10 Jahre. Das wäre nützlicher als Schwulenhäß.

F.N.L.!

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de

Das Schaufenster war irgendwie fast undurchsichtig und der Blick hinein führte in ein undefinierbares Grau. Bei Dunkelheit war es nur beleuchtet, wenn Herta Hübner im Geschäft arbeitete. Einziger Farbtupfer im Schaufenster war ein farbiges Gemälde. Herta Hübner paßte irgendwie mit ihren grauen Haaren und der grauen Kittelschürze in diese Umgebung. Sie war damals eine Frau in den mittleren Jahren, mittelgroß und von normaler Statur. Sie betrieb in diesem Geschäft eine Sattlerwerkstatt.

Betrat man als Kunde diese Werkstatt, so strömte einem ein Geruch von neuen Teppichen, neuen Scheuerlappen, frischem Leder, alten Polstermöbeln und Leim entgegen. Auf den ersten Blick sah man eine fürchterliche Unordnung in diesem Laden. Verschiedene Werkzeuge, neu angelieferte Materialien und zu reparierende Dinge lagen völlig durcheinander. Aber Herta Hübner hatte ihre eigene Ordnung. Niemals ging bei ihr etwas verloren.

Auf den ersten Blick sah man noch nicht einmal Herta Hübner auf ihrem Arbeitshocker. Nach dem Begrüßen erhob sich Herta von ihrem Sitzmöbel und begutachtete den möglichen Auftrag. Ich kann mich nicht erinnern, daß ein Auftrag jemals von ihr abgelehnt wurde. Dann nahm sie das zu reparierende Objekt, wie z.B. eine Brieftasche oder eine Schulmappe in Empfang, und verstaute es irgendwo in ihrer eigenen Ordnung. Sie sagte noch, wann der Auftrag abgearbeitet sein wird, und ab wann

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 17):

Umweltschutz mit Herta Hübner

Man stelle sich die Brautstraße in Eberswalde so Mitte der 70er Jahre im 20. Jahrhundert vor. Die Häuser sind grau, keine Straßenbäume, keine Blumenkästen, keine Schaufenster mit farbenfrohen Auslagen. Es gab überhaupt nur wenige Schaufenster in dieser Straße, eines davon war in dem Haus Nummer 10.

das Stück wieder abgeholt werden konnte. Eine Quittung bekam der Kunde nicht von ihr.

Damit war der Besuch bei Herta Hübner nicht zu Ende. Sie nahm wieder Platz auf ihrem Arbeitshocker, setzte ihre zuvor begonnene Arbeit fort, und verwickelte den Kunden noch sehr geschickt in ein Gespräch über die Neuigkeiten in Eberswalde. Ebenso erfuhr auch der Kunde mehr von Herta Hübner als im »Neuen Tag« stand. Die Sattlerwerkstatt war gewissermaßen auch eine Informationsbörse.

Herta Hübner war sehr gefragt wegen der Sattlerdienstleistungen. Sie war rechtschaffen und fleißig und erfüllte einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag. Holte man seine ordentlich reparierte Sache wieder ab, so wußte Herta Hübner sofort, wo sie im Ladengeschäft lag, wem die Sache zuzuordnen war und wie teuer die Reparatur war. Man bezahlte dann den geforderten Preis in DM, MDN oder M. Eine Quittung erhielt man nicht, wozu auch?

Stellen wir uns nun einmal vor, Herta Hübner wäre noch im Jahr 2020, also 50 Jahre später aktiv. Da wäre zunächst die Bonpflicht. Herta Hübner hätte eine Registrierkasse an-

schaffen müssen, die online mit dem Finanzamt verbunden wäre. Dazu müßte das Grundstück mit einem Internetanschluß ausgerüstet werden. Die Kosten dafür müßte Herta Hübner tragen, und diese durch Kleinreparaturen an Sattlerwaren erwirtschaften.

Das wäre in der heutigen Zeit nicht möglich, weil die dann geforderten Reparaturpreise höher wären als die Neubeschaffung des zu reparierenden Objekts. Also werden heute nur leicht beschädigte Sachen, wie z.B. ein Reisekoffer mit defektem Schloß in den Müll geworfen. Auch durch ein solches Verhalten wachsen die Müllberge, die Gewinne der Müllentsorgungsbetriebe und die Umweltverschmutzung. Das ist unter anderem eine Folge der Bürokratie in der BRD.

Insofern leistete Herta Hübner einen Beitrag zum Schutz der Umwelt. Die Sattlerwerkstatt von Herta Hübner wurde Mitte der 70-er Jahre geschlossen. Das Haus Brautstraße 10 wurde wegen Baufälligkeit zusammen mit den benachbarten Häusern abgerissen. Heute steht dort ein Neubaukomplex ohne Geschäfte.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Piloten-Ehrengedenken

Am 6. April ist der 56. Jahrestag des Flugzeugunglücks in Berlin-Spandau, bei dem die Piloten BORIS KAPUSTIN und JURI JANOW ihr Leben ließen.

Eberswalde (bbp). Im Vorjahr mußte die traditionelle Gedenkversammlung ausfallen. Auch aktuell bleibt die Situation unklar. Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft ruft daher wie schon 2021 dazu auf, durch individuellen Besuch des Garnisionsfriedhofs in Westend ihren Dank und Ehrenbezeugung für die heldenhafte Tat der beiden Piloten zu zeigen.

So funktioniert Demokratie

Der Europapolitiker DANIEL FREUND (Grüne) hat ein Hausverbot für russische Lobbyisten im Europaparlament gefordert. »Es kann nicht sein, daß die, die Putins Krieg finanzieren, europäische Politik beeinflussen«. Eine klare Aussage, die einiges darüber offenlegt, wie der Politikbetrieb in Brüssel funktioniert. Naive Seelen mögen geglaubt haben, daß die Politik von den Wählerinnen und Wählern bestimmt wird. Daniel Freund zeigt allen, daß dem nicht so ist, daß vielmehr die Brüsseler Politik von zahllosen Lobbyisten beeinflußt wird. Der Grüne will nur die russischen Lobbyisten weghaben. Alle anderen sollen bleiben und weiterhin die europäische Politik bestimmen. (gm)

Versteigerung für einen guten Zweck

Der in Panketal ansässige Maler und Autor JP. Bouzac besuchte das im November 2021 von der Kunstbrücke Panketal e.V. veranstaltete Jazz - Konzert mit den international erfolgreichen Musikern Misha Piatigorsky, Matheus Jardim und Peter Inagawa. Seine Konzertereindrücke hielt er in einem Bild fest. Dieses Werk spendete Bouzac der KUNSTBRÜCKE PANKETAL E.V. mit der Bitte, es zugunsten der weiteren kulturellen Arbeit der Kunstbrücke meistbietend zu versteigern.

Das Bild ist 50 x 70 cm groß – gemalt in Öl auf Leinwand. Das Anfangsgebot beträgt 100 Euro. Sie können Ihr Gebot bis zum 30. April abgeben per eMail an kunstbruecke@gmx.de oder Sie werfen einen Zettel (mit Name und Telefonnummer und/oder Mailadresse) in die Kunstbrücke-Box an der Poststelle im Rathaus.

Hintergrund und Rückblick: Ende November gastierten drei ganz besondere und international renommierte Musiker in Panketal. Matheus Jardim, Misha Piatigorsky und Peter Inagawa, die in Berlin ein Album mit Fanny Krug aufnahmen, waren im Forum der Grundschule Zepernick live zu erleben (BBP Winter/2021).

Das kleine und intime Konzertereignis war gekennzeichnet durch einen Wechsel aus Musik und kurzen, humorigen Wortbeiträgen von Misha Piatigorsky, einem Großneffen des bedeutenden russisch-jüdischen Cello-Virtuosens Gregor Piatigorsky. Im Verlaufe des Konzertes kommentierte Misha Piatigorsky recht witzig die Entstehungsgeschichte einiger Musikstücke. Bis auf drei stammten alle Stücke des



Konzerts aus seiner Feder. Das Trio des Abends bildete den nahezu perfekten Ausdruck dieser Verschmelzung von Gospels, Negro Spirituals, Blues und Worksongs. Unter den Gästen war der seit vielen Jahren in Panketal lebende Autor und Maler JP BOUZAC, der, angeregt von der besonderen Atmosphäre des Konzertes, die Stimmung dieses Abends in einem ganz besonderen Gemälde eingefangen hat. Mit dem Erwerb dieses Werkes erhalten Sie ein spezielles Stück Jazz-Geschichte.

THORSTEN WIRTH

Unser Vati Norbert Glaske

Mit dem heutigen Tag müssen wir uns verabschieden, von unserem Vati Norbert Glaske. Viele kannten ihn als einen unermüdlichen Verfechter des Friedens. Seine Artikel in der BBP waren immer wieder zu diesem Thema zu lesen.

Als Kind erlebte er in Breslau den Krieg. Zweimal flüchtete er mit seiner Mutter und seinem jüngeren Bruder gen Westen. Sein Vater und sein älterer Bruder blieben in Breslau und starben beim Angriff auf die Stadt durch die Sowjetarmee. Seine zweite Heimat fand er in Ziegelroda (bei Querfurt). Ende der Fünfziger kam er nach Eberswalde und arbeitete als Agitator für die FDJ. 1960 heiratete er und wurde 1963 und 1966 Vater zweier Kinder. In dieser Zeit begann er seine Arbeit im Walzwerk Finow.

Er hatte immer ein offenes Ohr für die Probleme und Sorgen anderer Menschen.

Mit der Wende wurde er arbeitslos. Er begann, sich mehr und mehr für den Frieden und die Völkerverständigung einzusetzen. Er sprach mit vietnamesischen und ungarischen Gastarbeitern, syrischen und afrikanischen Flüchtlingen, russischen Familien und nahm Kontakt zu Mitarbeitern der koreanischen Botschaft auf, um einen deutsch-koreanischen Austausch von Kindern zu organisieren.

2015 reiste er anlässlich des 70. Jahrestages des Sieges der Sowjetarmee über den deutschen Hitlerfaschismus nach Moskau. Zwei Jahre später erlebte er den 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution direkt in Sankt Petersburg. Sein Traum war es, einmal das Wasser des Baikalsees zu spüren. Leider ging er nicht mehr in Erfüllung.

Wir werden ihn sehr vermissen.

KORNELIA LUBKE und HARTMUT GLASKE

Wandertips

von BERND MÜLLER

Walter-Müller-Tour

Sonntag, 27. März: Auf Walter Müllers Spuren in den ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark Autotour Polen mit kleinen Wanderungen und Besichtigungen am Wegesrand.

Der Todestag von NaturFreund Walter Müller jährt sich am 27. März zum 13. Mal. Wir fahren über die Grenze (gültiger Personalausweis!) Erster Halt der Riesenadler. Danach bewundern wir die Zehdener Heide (Erikahänge). In Cedynia (Zehden) ersteigen wir den Askanierturm (2 Zloty) und blicken über das Zehdener Bruch. Optional, Besuch des Museums in Cedynia (5 Zloty Eintritt). Mittagsrast im Ort. Über Orzechów (Wrechow) fahren wir nach Czachów (Zachow) und besuchen die Ordensritterkirche und das *Flugfeuer Königsberg i. Preussen/Berlin*. In Lubiechów Górny (Hohen Lübbichow) machen wir einen kleinen Dorfspaziergang. Auch an den Rieseneichen von Lubiechow Dolny (Nieder Lübbichow) stoppen wir kurz. Weiter geht es nach Piasek (Peetzig), wo wir ebenfalls einen interessanten Dorfspaziergang machen werden. Über Bielinek (Bellinchen), wo wir einen tollen Aussichtspunkt besuchen werden, erreichen wir wieder den Ausgangspunkt der Tour. Die Tour kann als Selbstfahrer oder Mitfahrer erfolgen. Mindestteilnehmerzahl 10 Personen.

Treff: 10.30 Uhr Hotel Zur Fährbühne, Fährweg 17, 16259 Bad Freienwalde OT Hohenwutzen.

Anmeldung unter 03344/3002881 oder oderland@naturfreunde.de. Gebühren: 5 €, ermäßigt 2,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brbg. kostenfrei.

Lyrik in Joachimsthal

Am 12. März gastierten Kerstin Hensel (Berlin) und Anton G. Leitner (München) im Joachimsthaler Lyrikhaus.

KERSTIN HENSEL, geboren am 29. Mai 1961 in Karl-Marx-Stadt, machte zunächst eine Ausbildung zur Krankenschwester. 1983, im gleichen Jahr, in dem ihr Sohn geboren wurde, begann sie ein Studium am Institut für Literatur in Leipzig. In den Jahren 1985-87 arbeitete sie am Leipziger Theater. Seit 1987 ist sie freiberufliche Schriftstellerin. Seither hatte sie einen Lehrauftrag für Deutsche Verssprache und Versgeschichte an der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch« Berlin und an der Filmhochschule Potsdam. Seit 2001 ist sie Professorin an der Hochschule für Schauspielkunst Berlin, nach einer Professur am Deutschen Literaturinstitut Leipzig inne. Zuletzt erschienen: *Cinderella räumt auf*. Gedichte.

ANTON G. LEITNER, geboren am 16. Juni 1961 in München, studierte Rechtswissenschaften und Philosophie. 1992 gründete er den nach ihm benannten Verlag, der seitdem u.a. bis heute die Jahresschrift DAS GEDICHT publiziert. Gemeinsam mit Friedrich Ani, Michael Lentz, Nicola Bardola und anderen gründete Leitner Anfang der 1980er Jahre die Initiative Junger Autoren und war bis 1991 deren Vorsitzender. Bereits als Jurastudent edierte er junge Lyrik und Prosa bei Goldmann und war Juror beim Treffen Junger Autoren in Berlin (Bundeswettbewerb »Schüler schreiben«). Leitner veröffentlichte bisher zwölf Lyrikbände und zwei Booklets. Daneben war er umfangreich als Herausgeber tätig. Zuletzt erschienen: Gedichte für alle Liebeslagen.

Lyrikhaus, Glockenstraße 23, Joachimsthal

Nachruf

Am 2. Februar 2022 ist **Dorothea Gretschn** gestorben. Ihr 70. Geburtstag lag keine zwei Wochen zurück.

Sie ist in besonderer Weise mit unserer unabhängigen Leserzeitung verbunden, lange bevor wir daran dachten, die »*Barnimer Bürgerpost*« überhaupt ins Leben zu rufen.

Der Beitritt der DDR zur BRD war noch kein halbes Jahr vergangen, als Dorothea im Frühjahr 1991 mit dem »*Linken Eberspiegel*« der damaligen PDS-Kreisorganisation Eberswalde zu einer eigenen Zeitung verhalf. Für die damals noch für einen demokratischen Sozialismus Eintretende Partei war das wichtig, denn die inzwischen weitgehend vom Westen aus gesteuerten kommerziellen lokalen Medien boten dieser Partei damals kaum Gelegenheiten, ihre Auffassungen einer breiteren Öffentlichkeit kundzutun.

Also griff Dorothea gemeinsam mit einigen ihrer Genossen zu Stift und Schreibmaschine, um dann mittels Schere, Klebstoff und Kopierer eine eigene kleine Zeitung aus dem Boden zu stampfen. Kerstin Gast steuerte beispielsweise neben Texten den handgemalten Eber als Logo des kleinen Blättchens bei. Bis September 1991 erschienen insgesamt vier Ausgaben unter Dorotheas Regie, die anfangs unter Parteimitgliedern und Sympathisanten verteilt wurden, aber auch bald auf den öffentlichen Plätzen der Stadt gegen eine kleine Spende interessierten Mitmenschen angeboten wurden.

Ich beteiligte mich zunächst mit einzelnen Texten, bis ich mir im Herbst 1991 meinen ersten PC anschaffte und Dorothea anbot, die neue Technik auch für die Erstellung des »*Linken Eberspiegels*« zu nutzen, um fortan auf das Arbeiten mit Schere und Klebstoff verzichten zu können. Ich erinnere mich fast, als sei es gestern gewesen. Wir saßen bei ihr zu Hause zur Vorbereitung der Ausgabe Nummer 5 auf der Couch und sie ließ ihrer Freude über meine Idee freien Lauf. Sie habe, eröffnete sie mir, ohnehin inzwischen andere Pläne und Aufgaben und wollte mit dem Zeitungsmachen aufhören. So hatte ich unversehens den Staffelstab in der Hand...

Das Engagement von Dorothea Gretschn beschränkte sich natürlich nicht aufs Zeitungsmachen. Jenen, die sich damals in und bei der Eberswalder PDS engagierten, sind gewiß noch die Anfang der 90 Jahre unter ihrer maßgeblichen Mitwirkung organisierten Sommer-Kinderferienlager in Ückermünde in Erinnerung. Später begegneten wir uns noch manchmal, wenn sie gemeinsam mit den Westend-Gospel-Singers auftrat.

Nun ist sie gestorben. Unser Mitgefühl gilt ihren Kindern und Enkeln. In unserer Erinnerung wird sie weiterleben.

GERD MARKMANN,
Redakteur der »*Barnimer Bürgerpost*«

Rotfuchs-Regionalgruppe Bernau und Umgebung:

Denn Friede sei auf Erden!

Wir laden ein zum Vortrag und zur Diskussion mit Doris Pumphrey am 26. März, um 15 Uhr. Ort: Rotunde des Schulcampus am Blumenhag in der Zepernicker Chaussee 20-24, 16321 Bernau bei Berlin. Es gelten die aktuellen Hygienevorschriften. Eintritt frei! *KLAUS-DIETER JÄSCHKE*

Podcast über Leben mit Duldung im Barnim

Weißt du, was genau Duldung bedeutet? Nein? – Kein Wunder, Menschen in Duldung haben kaum eine Plattform und ihre Perspektiven werden seltenst gehört. Wir haben uns als Ziel gesetzt, mit diesem Podcast, welchen wir im Rahmen eines Moduls der HNE Eberswalde erarbeitet haben, genau das zu ändern. Dieser Podcast gibt einen groben Überblick, was Duldung ist, was es für betroffene Menschen bedeutet und was wir, nicht von Duldung betroffene Mitmenschen, machen können, um Solidarität zu zeigen. Dafür haben wir mit zwei Frauen aus dem Barnim gesprochen, die selbst mit Duldung leben müssen, sowie zwei Asylberaterinnen. (www.anchor.fm) *F. K.*

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Fragen zum Rentenbescheid? Hier ist Klärung möglich: Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt kostenfreie Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächsten Termine bei der Volkssolidarität Barnim:

Eberswalde, Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 13.4. und 11.5., 10-12 Uhr.

Biesenthal, Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 13.4. und 11.5., 13-15 Uhr.

Bernau, Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 20.4. und 18.5., 10-15 Uhr.

Bitte unbedingt anmelden bei Frau Nikitenko unter Tel. 03338/8463. Änderungen vorbehalten.

ANDREA HOEHNE

Die Wahl der Qual

Wie jedes Mal zu jeder Wahl

Zerrst du dich in dein Wahllokal.

Wer kann auf deine Stimme zählen?

Wo ist sie weniger verschwendet?

Doch allerhöchstens kannst du wählen,

Wer dich auf welche Weise schändet!

So hast du nicht die „Qual der Wahl“,

Denn dir bleibt nur die Wahl der Qual.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden: _____

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

In eigener Sache

Womöglich hat es schon jemand bemerkt: Die März-Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« erscheint mit erheblicher Verspätung. Da ist zum einen diese Sache mit dem langen Covid, welche die Arbeit der Redaktion nun schon seit zehn Monaten beeinträchtigt. Und nun kam noch ein Krieg dazu, der zusätzlich lähmend wirkte. Zu unserem Leitbild gehört, immer zu versuchen, mit rationalem Blick auf die Geschehnisse und möglichst hinter die Fassaden zu blicken. Das war und ist im Widerstreit der Emotionen und im Durcheinander der von Falschmeldungen durchgesetzten Kriegspropaganda beider Seiten – wobei die eine Seite in hiesigen Qualitätsmedien von vornherein nicht vorkam und deren Informationswege zunehmend administrativ verstopft werden (es lebe die Presse- und Informationsfreiheit) – nicht ganz einfach. Inwieweit es uns in dieser Ausgabe gelang, obliegt nun Ihrem Urteil, liebe Leserinnen und Leser.

Die aktuelle Trödelei wird sich auch auf die folgenden Ausgaben auswirken. Den gewohnten monatlichen Erscheinungsrhythmus können wir vor diesem Hintergrund natürlich nicht beibehalten. Die April-Ausgabe wird ersatzlos ausfallen. Die zum Mai geplante Ausgabe ziehen wir ein wenig vor, mit Redaktionsschluß am 22. April. Sofern die Gesundheitslage dies zuläßt. Im Mai wird der BBP-Redakteur dann wegen einer Reha-Kur für einige Wochen von der lokalen Bildfläche verschwinden. Das wird dann sehr wahrscheinlich bei der Juni-BBP für erneute Verzögerungen führen.

Insgesamt sollten der Herausgeberverein, die Redaktion sowie die Leserschaft sich Gedanken machen, wie eine Verjüngung bei den redaktionellen Verantwortlichkeiten erreicht werden kann.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 2./17. März 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 22. April 2022.